Erschienen in: Archiv für Kulturgeschichte. Böhlau. 2003, 85(1), S. 71-118
https://doi.org/10.7788/akg.2003.85.1.71

Diskurs – Macht – Wissen

Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen

von Achim Landwehr

„Das Politische ist ja doch das einzig Interessante an der Menschengeschichte."
Thomas Bernhard[1]

Kulturgeschichte und Politik

Kulturgeschichte und Politik sind zwei Interessensgebiete, die sich – zumindest in den Augen mancher – gegenseitig auszuschließen scheinen.[2] Drängt sich doch der Eindruck auf, die Kulturgeschichte sei ausgezogen, um den Bereich der politischen Geschichte zu verlassen und sich nicht mehr mit vermeintlich großen Namen und allgemein anerkannten großen Ereignissen beschäftigen zu wollen.[3] Dieser Eindruck beinhaltet auf den ersten Blick sicherlich einige zutreffende Aspekte, erweist sich aber bei näherem Hinsehen kaum als eine Charakterisierung, die den Tatsachen zu entsprechen vermag. Eine Kulturgeschichte, die mit einer derart weiten Fragestellung auftritt, wie dies die zuweilen als „Neue Kulturgeschichte" oder „Historische Kulturwissenschaft" bezeichnete tut,[4] kann und will schlechterdings Politik als Thema nicht ausschließen. Politik ist zweifelsohne Bestandteil eines solchen Ansatzes, vor allem wenn die Kulturgeschichte nicht darauf verzichten

---

[1] Thomas BERNHARD, Frost, Frankfurt a.M. 1972, 130.

[2] Für Anregungen und Kritik zu diesem Aufsatz möchte ich Wolfgang Reinhard danken.

[3] Vgl. beispielweise Terry EAGLETON, Was ist Kultur? Eine Einführung, München 2001, 58 f., 63, 181 f.

[4] Als Auswahl aus der reichhaltigen jüngeren Literatur Ute DANIEL, Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankurt a.M. 2001; Otto Gerhard OEXLE, Geschichte als Historische Kulturwissenschaft, in: Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Kulturgeschichte Heute, Göttingen 1996, 14–40; Hartmut Lehmann (Hg.), Wege zu einer neuen Kulturgeschichte, Göttingen 1995.

Konstanzer Online-Publikations-System (KOPS)
URL: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-dtfd42fmt3mg8

will, allgegenwärtige Themen wie Macht, Herrschaft, Gewalt, Unterdrückung oder Widerstand in ihr Spektrum zu integrieren. Es lässt sich aber durchaus eine gewisse Unwilligkeit beobachten, sich im Kontext der Kulturgeschichte dem Thema der Politik zu nähern. Dies ist alles andere als unverständlich, denn schließlich bietet der kulturhistorische Ansatz die Möglichkeit, neue Themen aufzugreifen, die sich unter früheren historiographischen Vorzeichen nur schwerlich bearbeiten ließen. Politik ist somit ein kulturgeschichtliches Thema, taucht aber in der Tat innerhalb der Kulturgeschichte eher selten auf.

Doch sollte zunächst wenigstens in groben Umrissen geklärt werden, wodurch sich die gegenwärtige, als Kulturgeschichte titulierte Strömung der Geschichtswissenschaft auszeichnet. Denn in der international noch andauernden Debatte wird unter anderem noch heftig darum gerungen, was denn mit dem zugleich alten wie neuen Etikett der Kulturgeschichte bezeichnet werden soll.[5] Eine weitgehende Einigung konnte dahingehend erzielt werden, dass sich Kulturgeschichte vornehmlich der Herstellung von Bedeutung, der Produktion von Sinn, der Prägung von Identitäten sowie der Konstruktion von Wirklichkeit durch Menschen der Vergangenheit zuwendet.[6] „‚Kultur' ist ein vom Standpunkt des *Menschen* aus mit Sinn und Bedeutung bedachter Ausschnitt aus der sinnlosen Unendlichkeit des Weltgeschehens."[7] Diese zunächst recht abstrakt anmutende Bestimmung konkretisiert sich anhand bevorzugter Forschungsthemen der Kulturgeschichte. So widmet sich die Gender-Forschung der Zuschreibung von Geschlechtseigenschaften sowie der Codierung und Reproduktion von Machtbeziehungen; die Untersuchun-

---

[5] Lynn Hunt (Hg.), The new cultural history, Berkeley/Los Angeles/London 1989; Victoria E. Bonnell/Lynn Hunt (Hg.), Beyond the cultural turn. New directions in the study of society and culture, Berkeley/Los Angeles/London 1999.

[6] Zu diesen allgemeinen kulturwissenschaftlichen und -geschichtlichen Diskussionen Christoph CONRAD/Martina KESSEL, Blickwechsel: Moderne, Kultur, Geschichte, in: Christoph Conrad/Martina Kessel (Hg.), Kultur und Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung, Stuttgart 1998, 9–40; Philipp SARASIN, Subjekte, Diskurse, Körper. Überlegungen zu einer diskursanalytischen Kulturgeschichte, in: Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Kulturgeschichte Heute, Göttingen 1996, 131–164, hier 131–141; Heinz Dieter KITTSTEINER, Was heißt und zu welchem Ende studiert man Kulturgeschichte?, in: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997) 5–27, hier 18 f.; Andreas WIMMER, Kultur. Zur Reformulierung eines sozialanthropologischen Grundbegriffs, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48 (1996) 401–425.

[7] Max WEBER, Die „Objektivität" sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 3. Aufl., Tübingen 1968, 146–214, hier 165.

gen zum weiten Feld des Glaubens in all seinen Schattierungen gehen den Möglichkeiten nach, wie sich Menschen die Welt sinnhaft anzueignen versuchten; und Forschungen zur Frage der Identität analysieren beispielsweise die Konstruktion nationaler Selbstbilder und ethnischer Differenzen.[8]

Wie umfassend dieser Ansatz – notwendiger- und berechtigterweise – ist, verdeutlicht die eher verzweifelte Suche nach einem Gegenbegriff zu Kultur, der eine entsprechende Differenz bezeichnen könnte und in der Lage wäre, zu benennen, was Kultur *nicht* ist. Die Standardantwort auf diese Frage lautet: Natur. Jedoch ist dieser vielzitierte Kultur-Natur-Gegensatz trügerisch. Denn wenn der Mensch ein kulturelles Wesen ist, das sich seine Umwelt aneignet, ihr Sinn verleiht, sie im Hinblick auf sich und die Gemeinschaft mit Bedeutung zu versehen versucht, da sich mit Leerstellen, Unerklärlichem und Sinnlosem nur schwer leben lässt, dann wird zwangsläufig überall dort, wo sich Menschen niederlassen, die natürliche Umwelt zu einer kultivierten.[9] Da der Mensch unweigerlich in ein als Kultur bezeichnetes symbolisches Universum verstrickt ist, wie Cassirer betont, ist eine Unterscheidung von Kultur- und Naturzustand unsinnig.[10] Allein schon die Tatsache, Natur als solche zu bezeichnen und sie von der Kultur zu trennen, ist ein kulturhistorisch höchst interessanter Vorgang. Auch ein vermeintlich „natürliches" Verhalten des Menschen von einem kulturell überformten unterscheiden zu wollen, ist ein so gut wie unmögliches Unterfangen, da selbst scheinbar „unmittelbare" Erregungen wie Freude oder Trauer aufgrund der Sozialisation jedes Menschen kulturell geprägt sind. „Als von Beginn seines Lebens an von anderen Menschen Erzogener wird jeder Mensch sein eigener, ihn stets überwachender Erzieher."[11]

Dieser breit angelegte Ansatz der Kulturgeschichte bedeutet jedoch keineswegs, wie dies teilweise pauschalisierend behauptet wird, dass „harte Fakten" darin keinen Platz fänden. Sicherlich, die allgemeinen Fragestellungen, die sich in Begriffen wie Sinnkonstituierung, Realitätskonstruktion und Iden-

---

[8] Weitere Beispiele bei CONRAD/KESSEL, Blickwechsel (wie Anm. 6) 20–27.

[9] Hans-Georg SOEFFNER, Kulturmythos und kulturelle Realität(en), in: Hans-Georg Soeffner (Hg.), Kultur und Alltag, Göttingen 1988, 3–20, hier 3–5. In eine ähnliche Richtung gehen auch die Forderungen von Friedrich KITTLER, Eine Kulturgeschichte der Kulturwissenschaft, 2. Aufl., München 2001, und EAGLETON, Was ist Kultur? (wie Anm. 3) 123–156.

[10] Wilhelm PERPEET, Kultur, Kulturphilosophie, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer (Hg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 4, Darmstadt 1976, 1321 f.

[11] SOEFFNER, Kulturmythos (wie Anm. 9) 14.

titätsstiftung ausdrücken, setzen andere Schwerpunkte als beispielsweise wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen. Der Kulturgeschichte dabei jedoch vorhalten zu wollen, sie vernachlässige politische, ökonomische und soziale Gegebenheiten, ist nicht nur verfälschend, sondern ungefähr so sinnig, als wollte man der Sozialgeschichte ein mangelndes kulturelles Gespür zum Vorwurf machen. „Verkürzungen" dieser Art lassen sich überall entdecken, tragen aber nicht unbedingt zur Qualität geschichtswissenschaftlicher Diskussionen bei. Vielmehr muss es selbstverständlicher Bestandteil kulturhistorischer Untersuchungen sein, Fragen der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft angemessen zu berücksichtigen. Ebenso wie seitens der Historischen Sozialwissenschaft inzwischen konzediert wird: Die „doppelte Konstitutierung der Realität: zum einen durch die sozialen Bedingungen, zum anderen durch die Sinndeutung und Konstruktion von Wirklichkeit durch die Akteure selber, wurde nicht ernst genug genommen."[12]

Eine Kulturgeschichte zu etablieren, die immer auch Sozialgeschichte mit einschließt und darüber hinaus methodisch-theoretische Ambitionen hegt, trifft jedoch – kaum verwunderlich – nicht überall auf Zustimmung. Wie nicht anders zu erwarten, existieren neben dieser Spielart einige weitere gewichtige und bedeutende Varianten. In der deutschen Diskussion bezieht sich beispielsweise Richard van Dülmen auf einen Begriff der Kulturgeschichte, der Traditionen der Alltagsgeschichte, Mikrohistorie, Historischen Anthropologie und Volkskunde aufgreift.[13] Van Dülmen betont Kultur als eine Gestaltungskraft des Lebens, insbesondere des alltäglichen Lebens und hier vor allem der – häufig von ihm so genannten – „kleinen" und „einfachen Leute". Auch die anderen Charakteristika, die er einer „historischen Kulturforschung" zuschreibt, weisen vornehmlich die Tendenz auf, das Leben dieser „einfachen Leute" in den Mittelpunkt zu rücken.[14] Neben einem weiten Kulturbegriff, der die Pluralität der Lebensstile berücksichtigt, fordert er eine Thematisierung der Subjektivität, eine Betonung der beharrenden Kraft der Tradition, eine Bevorzugung kleinräumiger Untersuchungen sowie einen expliziten Verzicht auf pauschale und globale Theorien. Als wichtige The-

---

[12] Hans-Ulrich WEHLER, Die Herausforderung der Kulturgeschichte, München 1998, 145.

[13] Richard VAN DÜLMEN, Historische Kulturforschung in der Frühen Neuzeit, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995) 403–429. Vgl. auch Richard VAN DÜLMEN, Historische Anthropologie. Entwicklung, Probleme, Aufgaben, Köln/Weimar/Wien 2000.

[14] In diesem Sinne durchaus programmatisch ist der Titel von Richard VAN DÜLMEN, Kultur und Alltag in der Frühen Neuzeit, 3 Bde., München 1990–1994.

men dieser Kulturgeschichte benennt er die Geschichte der Frauen (nicht die der Geschlechter!), der Emotionen, der Subjektivität und Individualisierung sowie eine differenzierte Beschreibung des kulturellen Wandels der Neuzeit. Gerade dieser abschließende Punkt einer ausgreifenden kulturhistorischen Perspektive bleibt jedoch ein vages Unterfangen im Hinblick auf den geäußerten Verzicht auf Großtheorien und angesichts der Erkenntnis: „Sicherlich liegt die Stärke der neueren Kulturgeschichte nicht darin, sozialkulturelle Wandlungsprozesse zu erklären."[15]

Insgesamt ist dieser Ansatz ohne Zweifel ein hehres Unterfangen, denn tatsächlich gibt es immer noch zu viele offene Fragen über das Leben unterer sozialer Schichten, über den Alltag derjenigen, die historische Quellen nur in Ausnahmefällen selbst anfertigten,[16] und in den Texten, mit denen sich die Geschichtswissenschaft beschäftigt, zumeist nur als Objekte in Erscheinung treten.[17] Aber tut sich die Kulturgeschichte mit einer freiwilligen Selbstbeschränkung auf kleine Räume, mit einem ausschließlichen Blick auf „die einfachen Leute" – wer immer das auch sein mag – und mit dem selbstauferlegten Verzicht auf theoretische Entwürfe, die ja durchaus einen alternativen Charakter aufweisen könnten, einen Gefallen? Das hieße doch, den gleichen Fehler zu begehen, den man in der Diskussion um Mikro- oder Makrogeschichte der strukturorientierten Geschichtswissenschaft vorgeworfen hat, nämlich sich nur auf eine Seite der Medaille zu konzentrieren und die andere außer Acht zu lassen, in diesem Falle strukturelle Elemente in den Vordergrund zu stellen und die Menschen der Vergangenheit unter Statistiken zu begraben.[18] Sollte eine sich neu orientierende Kulturgeschichte nicht eher die sich bietende Chance nutzen, unterschiedlichste Dimensionen historischer Forschung zu verknüpfen? Es ist kaum einsichtig, warum man mikrohistorische Untersuchungen nicht mit makrohistorischen Annahmen koppeln

---

[15] VAN DÜLMEN, Historische Kulturforschung (wie Anm. 13) 426.

[16] Vgl. jedoch Winfried Schulze (Hg.), Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte, Berlin 1996.

[17] Darauf beruht zum Beispiel die Untersuchung von Alain CORBIN, Auf den Spuren eines Unbekannten. Ein Historiker rekonstruiert ein ganz gewöhnliches Leben, Frankfurt a.M./New York 1999.

[18] Hierzu zusammenfassend Hans Süssmuth (Hg.), Historische Anthropologie. Der Mensch in der Geschichte, Göttingen 1984; Winfried Schulze (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, Göttingen 1994; Otto Gerhard OEXLE, Nach dem Streit. Anmerkungen über ‚Makro-' und ‚Mikrohistorie', in: Rechtshistorisches Journal 14 (1995) 191–200.

sollte,[19] warum man empirische Ergebnisse und theoretische Entwürfe sich nicht gegenseitig stützen lässt, warum man kleinräumige Analysen und globalgeschichtliche Perspektiven nicht zu verbinden versucht oder warum man politischen Themen nicht auch einen Platz im Haus der Kulturgeschichte einräumen sollte.

Einer solchen Position stehen auf der anderen Seite die erklärten Gegner einer Kulturgeschichte gegenüber, die – aufgrund welcher Motivationen auch immer – durch die Diskussionen der letzten Jahre einmal mehr die Geschichtswissenschaft in ihren Grundfesten erschüttert sehen. Im deutschsprachigen Bereich ist es ohne Zweifel Hans-Ulrich Wehler, der am prominentesten und in seiner Wortwahl auch am deutlichsten die Kritik an der Kulturgeschichte zum Ausdruck bringt. Zwar ist Wehler in bestimmten Belangen durchaus bereit, Defizite der Sozialgeschichte zu konstatieren, die durch die Kulturgeschichte aufgedeckt worden seien, ebenso wie er zuweilen eine Rezeption kulturhistorischer Ansätze durchaus für fruchtbar hält.[20] Grosso modo wird man seine Position jedoch dahingehend zusammenfassen können, dass er der Kulturgeschichte zu einem weitaus überwiegenden Teil ablehnend gegenüber steht. Bis auf wenige Ausnahmen entdeckt er hier historische Arbeiten, „die nur auf der Kultur-Welle mitschwimmen, das modische Wortgeklingel von Differenz und Dekonstruktion, Diskurs und Identität pflegen, sich von der strengen methodischen Disziplin der Geschichtswissenschaft entbunden fühlen und ins gehobene Feuilleton ausweichen."[21] Die Kulturgeschichte vernachlässige „zentrale Phänomene des gesellschaftlichen Lebens",[22] allen voran die Gesellschaft selbst, aber ebenso Wirtschaft und Politik.[23]

Eine solche Behauptung zeugt jedoch von einer profunden Unkenntnis oder einer bewussten Ausblendung kulturhistorischer Theorie und Praxis. Denn bereits ein flüchtiger Blick auf die Diskussionen um die Kulturgeschichte muss deutlich machen, dass sie diese Bereiche weder ausklammern

---

[19] So wie dies beispielsweise Medick schon im Untertitel seines Buchs deutlich macht: Hans MEDICK, Weben und Überleben in Laichingen 1650–1900. Lokalgeschichte als Allgemeine Geschichte, Göttingen 1996.

[20] Hans-Ulrich WEHLER, Historisches Denken am Ende des 20. Jahrhunderts, 1945–2000, Göttingen 2001, 63. Vgl. auch WEHLER, Die Herausforderung der Kulturgeschichte (wie Anm. 12).

[21] WEHLER, Historisches Denken (wie Anm. 20) 66.

[22] WEHLER, Historisches Denken (wie Anm. 20) 72.

[23] WEHLER, Historisches Denken (wie Anm. 20) 72–74.

kann noch will. Geschichtstheoretisch ist es überhaupt nicht möglich, eine wie auch immer geartete Trennung zwischen den Ebenen „Gesellschaft", „Ökonomie" und „Kultur" zu etablieren, da zum Beispiel Kultur in historischer Perspektive nicht ohne die soziale und ökonomische Dimension untersucht werden kann – ebenso wie Wirtschaft und Gesellschaft nicht ohne die symbolische Dimension auskommen.[24] Möglicherweise – dies sei zugestanden – werden diese Themenbereiche nicht in der Art und Weise behandelt, wie Wehler dies bevorzugen würde, jedoch ist das sicherlich nicht das Problem der Kulturgeschichte.

Angesichts solcher Diskussionen bietet die Kulturgeschichte die Chance, in mehrfacher Hinsicht überkommene Dichotomisierungen und Basis-Überbau-Spielereien hinter sich zu lassen. Sie eröffnet wirkliche Integrationsaussichten und ermöglicht es, verschiedene Bereiche gleichberechtigt nebeneinander zu berücksichtigen. Sie ist theoretisch versiert und empirisch orientiert, sie kann sich auf kleine Räume und große Zusammenhänge konzentrieren, sie kann Fragen der Weltwirtschaft ebenso zu ihrem Thema machen wie dörfliche Charivaris. Es ist momentan nicht absehbar, ob diese Möglichkeiten wirklich genutzt werden oder ob unterschiedliche historische Ausrichtungen sich weiterhin im Duktus einer „Sprache des Unbedingten"[25] begegnen, sich gegenseitig Defizite vorrechnen und die „eigentliche" historische Vorrangstellung der Gesellschaft, der Kultur, der Wirtschaft oder der Politik betonen. Diskussionswürdig wären demgegenüber Ansätze, die in theoretischer, methodischer und empirischer Hinsicht mehrfach dimensionierte Blickrichtungen zuließen und nicht mit Argumenten der Exklusion und Exklusivität operierten.

Die Kulturgeschichte bietet hier entsprechende Perspektiven, da ihr mit „agency" und „Diskurs" Konzepte zur Verfügung stehen, mit denen sich Blickrichtungen vereinbaren lassen, die sich zwar gegenseitig auszuschließen scheinen, tatsächlich aber nicht ohne einander auskommen: das handelnde Subjekt *und* die Gehäuse überindividueller Strukturen. Die Anfänge der Kulturgeschichte sind nicht nur in Deutschland in einem Aufbegehren gegen strukturdeterministische Ansätze zu sehen. Dem hat man in der Mikrohisto-

---

[24] Vgl. beispielsweise Pierre BOURDIEU/Roger CHARTIER/Robert DARNTON, Dialog über die Kulturgeschichte, in: Freibeuter 26 (1985) 22–37, hier 23.

[25] Ute DANIEL, Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 48 (1997) 195–219 und 259–278, hier 195–200.

rie, der Alltagsgeschichte und der Historischen Anthropologie das handelnde Individuum entgegengesetzt. Sicherlich gibt es Arbeiten, in denen sich eine Verbindung beider Position entdecken lässt, jedoch müssten solche historischen Herangehensweisen theoretisch noch ausformuliert und methodisch fundiert werden.[26]

Im Hinblick auf die Historische Sozialwissenschaft forderte Thomas Welskopp vor diesem Hintergrund eine „Vergesellschaftungsgeschichte" ein, die sich derartige Einsichten zur Grundlage macht. Wenn man akzeptiert, dass Strukturen und Handlungen untrennbar miteinander verzahnt sind, dass Strukturen sich in Interaktionszusammenhängen manifestieren und ihrerseits wiederum Handlungen bestimmen (ohne hier eine müßige Henne-Ei-Frage stellen zu wollen), dann heißt dies für eine künftige Geschichtswissenschaft, Struktur und Handlung relational zu denken. „Strukturen sind demnach relativ dauerhafte soziale Beziehungsgefüge zwischen Akteuren, die mit charakteristischen Macht-, Deutungs- und Normierungsressourcen ausgestattet sind."[27] Die historischen Akteure beleben und gestalten die sozialen Strukturen, und ihre Praxis lässt sich nur in Beziehung zu diesen Wahrnehmungs- und Deutungsmustern erklären. In der Tat dürfte sich eine so skizzierte Sozialgeschichte kaum noch von einer Kulturgeschichte unterscheiden, die soziale und politische Prozesse gleichwertig neben kulturellen Formungen behandelt.[28] Damit ließen sich auch leidige Auseinandersetzungen um die „Meinungsführerschaft"[29] in der geschichtswissenschaftlichen Diskussion, also um die Lufthoheit über den akademischen Schreibtischen beenden. Die Folge wäre wohl kaum ein – ohnehin nicht wünschenswertes – streit- und diskussionsfreies Paradies der Geschichtswissenschaft, aber es ließen sich in wissenschaftlichen Publikationen möglicherweise Formulierungen aus dem militärischen Bereich vermeiden, die beispielsweise den „Herausforderer"

---

[26] CONRAD/KESSEL, Blickwechsel (wie Anm. 6) 11 f.; Roger CHARTIER, Zeit der Zweifel. Zum Verständnis gegenwärtiger Geschichtsschreibung, in: Christoph Conrad/Martina Kessel (Hg.), Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zu einer aktuellen Diskussion, Stuttgart 1994, 83–97, hier 89 f.; Thomas MERGEL/Thomas WELSKOPP, Geschichtswissenschaft und Gesellschaftstheorie, in: Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, 9–35, hier 20 f., 26 f.

[27] Thomas WELSKOPP, Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998) 173–198, hier 183. Vgl. auch Pierre BOURDIEU, Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt a.M. 1993, 78.

[28] WELSKOPP, Die Sozialgeschichte der Väter (wie Anm. 27) 193.

[29] WEHLER, Die Herausforderung der Kulturgeschichte (wie Anm. 12) 10, 150.

„aus dem Feld zu schlagen"[30] versuchen. Wissenschaft verliert zwangsläufig an Gehalt, wenn sie als Kampfsportart verstanden wird.

Eine Kulturgeschichte des Politischen bietet für derartige Syntheseanstrengungen und -leistungen ein ideales Betätigungsfeld. Und noch mehr: Sie zeigt auf, dass übliche Dichotomisierungen, die die Diskussionen immer noch vielfach beherrschen und auch in dem benannten Streit zwischen Alltagsgeschichte/Mikrohistorie und Historischer Sozialwissenschaft im Vordergrund standen, zu kurz greifen. Geschichte besteht nicht nur aus der Mikro- oder der Makroperspektive, nicht nur aus „oben" und „unten", nicht nur aus den zwei Seiten der Medaille.[31] Von solchen grundsätzlichen Dualitäten auszugehen, hieße die Augen vor der historischen Diversität zu verschließen. Sicherlich sind damit Trivialitäten angesprochen, denen sich aus geschichtstheoretischer Perspektive wohl kaum jemand verschließen würde. Und doch scheinen derartige Argumente nicht trivial genug zu sein, um nicht in der einen oder anderen Variante wieder zum Einsatz gebracht zu werden. Nun war es ohne Zweifel gerade die viel gescholtene politische Geschichte vergangener Tage, die solchen historischen Dualismen anhing. Umso weniger einsichtig ist es jedoch, warum sich gerade alternative historische Ansätze im gleichen Fahrwasser bewegen sollten.

Politikgeschichte

Um die historiographiegeschichtliche Dimension einer Kulturgeschichte des Politischen zumindest in groben Zügen zu verdeutlichen, soll ein kurzer (und sicherlich in gewisser Weise verkürzender) Blick zurück gewagt werden. Denn es ist keineswegs selbstverständlich, das Politische als Thema einer kulturhistorisch orientierten Geschichtswissenschaft hervorheben zu wollen, da Politik in den theoretisch-methodischen Diskussionen der letzten Jahrzehnte so gut wie keine Rolle mehr gespielt hat. Spätestens mit dem wissenschaftshistorischen Paradigmenwechsel, als den man die Neuorientierungen

---

[30] WELSKOPP, Die Sozialgeschichte der Väter (wie Anm. 27) 176.

[31] Eine überzeugende Alternative bietet hier Giddens' Modell der Strukturierung: Anthony GIDDENS, Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt a.M./New York 1988. Eine historische Umsetzung beispielsweise bei Heinrich Richard SCHMIDT, Emden est partout. Vers un modèle interactif de la confessionnalisation, in: Francia 26/2 (1999) 23–45.

der Annales-Schule wohl auch im Sinne Thomas S. Kuhns bezeichnen darf, war die tragende Rolle der politischen Geschichtsschreibung klassischer Prägung beendet.[32] Auch wenn sie zahlreiche historische Arbeiten hervorbrachte und weiterhin hervorbringt, besitzt sie bereits seit Langem nicht mehr die dominierende Position, die sie einst inne hatte. Jacques Le Goff, selbst ein führender Vertreter der französischen Annales-Historiographie, hat diesen Umstand bereits 1971 mit den drastischen Worten umschrieben, die Politikgeschichte sei „ein Kadaver, den es noch zu töten gilt".[33]

Aber woran war sie gestorben? Oder anders gefragt: Wodurch zeichnete sich diese so vielfach geschmähte Politikgeschichte aus, dass ihr wissenschaftliches Ende sie früher oder später ereilen musste (ein Ende, das für manche – wie Le Goff – wohl noch gar nicht entschieden genug markiert war)? Die Antwort darauf ist bestens bekannt. Wie heute nicht anders, stellte auch die als Wissenschaft junge Disziplin der Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts Fragen an die Vergangenheit, die sich aus aktuellen Problemen ergaben. Ein zentrales Anliegen, das damaligen Historikern (in der Tat handelte es sich nahezu ausschließlich um Männer) unter den Nägeln brannte, war der angestrebte, der sich formierende oder der bereits geschaffene (National-)Staat. Die überwiegende Mehrzahl historischer Fragestellungen bezog sich auf dieses „historische Subjekt" des Staates, auf sein Handeln nach innen und nach außen, auf seine Entstehung und seinen Niedergang. Virulent geworden war dieses Interesse durch das Auseinandertreten der Konzepte „Staat" und „Gesellschaft" seit dem 18. Jahrhundert, eine Unterscheidung, die man in dieser Form zuvor nicht gemacht hatte.[34] Die staatliche Politik betraf gemäß dieser Auffassung alle Aspekte des Lebens, und konsequenterweise wurde allgemeine Geschichte als politische Geschichte konzipiert. Auch wenn Fragen der Gesellschaft, der Wirtschaft, des

---

[32] Jacques JULLIARD, La politique, in: Jacques Le Goff/Pierre Nora (Hg.), Faire de l'histoire, Bd. 2: Nouvelles approches, Paris 1974, 229–250, hier 229 f.

[33] Jacques LE GOFF, Ist Politik noch immer das Rückgrat der Geschichte?, in: Jacques Le Goff, Phantasie und Realität des Mittelalters, Stuttgart 1990, 339–352, hier 351. Zuerst erschienen als Jacques LE GOFF, Is politics still the backbone of history?, in: Daedalus 100 (1971) 1–19.

[34] Manfred RIEDEL, Gesellschaft, bürgerliche, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart 1975, 719–800, hier 746–748; Hans BOLDT u.a., Staat und Souveränität, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 6, Stuttgart 1990, 1–154, hier 18–22.

Rechts, der Religion, der Bildung usw. eine Rolle spielten, so war doch ihr ständiger Bezugspunkt der Staat.[35]

Eine Zuspitzung und Verengung erfuhr diese Auffassung noch durch das Schlagwort vom „Primat der Außenpolitik", das zwar nicht durch Leopold v. Ranke (sondern von Wilhelm Dilthey) formuliert, aber inhaltlich prominent von ihm vertreten wurde. Dadurch sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass es wichtigster Interessenschwerpunkt der Staaten – die wiederum wichtigster Interessenschwerpunkt der Geschichtswissenschaft waren – sei, sich gegenüber den Nachbarstaaten zu behaupten. Innen- und Wirtschaftspolitik hatten gegenüber diesem außenpolitischen, und mehr als nur latent aggressiven Zweck des Staates ausschließlich dienende Funktionen. Sie sollten sicher stellen, dass der Staat diesen Hauptzweck seiner Existenz erfüllen konnte. „Politik war nach Ansicht der herrschenden Tradition deutscher Geschichtswissenschaft also Außenpolitik und das Handeln von Regierungen und Staatsmännern unabhängig von sozialen Verhältnissen, wirtschaftlichen Interessen und kulturellen Bedingungen."[36] Und dies bis in die 50er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein.[37]

Wie zentral die Institution des Staates für romantische Denkrichtungen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war (die wiederum wichtige Einflüsse auf die Konstituierung der Geschichtswissenschaft ausübte[38]), verdeutlicht Adam Müller, einer der einflussreichsten Staatstheoretiker der Romantik, in seinen „Elementen der Staatskunst" von 1808/09. Der Staat war für Müller nicht nur Mittel für ein pragmatisch definiertes Ziel, sondern repräsentierte die Totalität menschlicher Angelegenheiten und trug letztlich seinen Zweck in sich selbst.[39] „Der Staat ist nicht eine bloße Manufactur, Meierei,

---

[35] Peter BOROWSKY, Politische Geschichte, in: Hans-Jürgen Goertz (Hg.), Geschichte. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg 1998, 475–488, hier 476 f.; Volker SELLIN, Einführung in die Geschichtswissenschaft, Göttingen 1995, 170–184.

[36] BOROWSKY, Politische Geschichte (wie Anm. 35) 476.

[37] Überblicke über die Entwicklung politischer Geschichtsschreibung bei BOROWSKY, Politische Geschichte (wie Anm. 35); Hans-Ulrich THAMER, Politische Geschichte, Geschichte der internationalen Beziehungen, in: Richard van Dülmen (Hg.), Fischer Lexikon Geschichte, Frankfurt a.M. 1990, 52-65; Christoph CORNELIßEN, Politische Geschichte, in: Christoph Cornelißen (Hg.), Geschichtswissenschaften. Eine Einführung, Frankfurt a.M. 2000, 133–148.

[38] Ernst SCHULIN, Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch. Studien zur Entwicklung von Geschichtswissenschaft und historischem Denken, Göttingen 1979, 24–43.

[39] Volker SELLIN, Politik, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, Stuttgart 1978, 789–874, hier 851–853.

Assecuranzanstalt oder mercantilistische Societät; *er ist die Verbindung der gesamten physischen und geistigen Bedürfnisse, des gesamten physischen und geistigen Reichthums, des gesamten inneren und äußeren Lebens einer Nation, zu einem großen energischen, unendlich bewegten und lebendigen Ganzen.*"[40]

Mit dieser Auffassung eng verwandt ist die Bedeutung, die Leopold v. Ranke dem Staat und der (Außen-)Politik zuschrieb. In seinem „Politischen Gespräch", das er 1836 in der Form eines Dialogs zwischen den beiden Brüdern Friedrich und Carl veröffentlichte, kommt dies unmissverständlich zum Ausdruck. Während Carl die Auffassung vertritt, Aufgabe der Regierung eines Staates sei es vornehmlich, die Auseinandersetzungen, Spannungen und Konflikte innerhalb einer Gesellschaft so zu steuern, dass sich Kompromisse in Richtung auf das Allgemeinwohl ergeben, zeigt sich Friedrich mit dieser Auffassung nicht zufrieden. Friedrich – der das Gespräch durch seine Fragen lenkt und eindeutig als der Gelehrte dargestellt wird – befürchtet, dass auf diese Weise die Welt den Parteien gehören würde. Die Regierung wäre „nur der Punct der Indifferenz"[41] in all den Auseinandersetzungen, und mit eben dieser Auffassung kann er sich nicht einverstanden erklären. Während Carl eine Konflikt- und Machttheorie vertritt, argumentiert Friedrich, dass eine Regierung, die Konflikte lenkt und mit Macht operiert, keine Bedeutung in sich selbst trägt.[42] Ihm kommt es darauf an, dass nicht nur Interessen und Konflikte eine Gesellschaft beherrschen, sondern die verschiedenen Gruppen „geistige Kräfte" repräsentieren. Will eine Regierung hier wirkend eingreifen, muss sie auch eine stärkere „geistige Kraft" darstellen, „eine Wesenheit, ein Selbst".[43] Ganz hegelianisch sieht Friedrich in den Institutionen eines Staates die „beherrschende Idee" und den „vorwaltenden Zug des Geistes" verwirklicht.[44] Dabei pocht er auf die Individualität der Verhältnisse, die begründet werden durch den „Geist, welcher Vergangenheit und Gegenwart verbindet, und der auch die Zukunft beleben muß".[45] Für die-

---

[40] Zit. n. Volker STANSLOWSKI, Natur und Staat. Zur politischen Theorie der deutschen Romantik, Opladen 1979, 107 (Hervorhebung im Original).

[41] Leopold v. RANKE, Politisches Gespräch, in: Leopold v. Ranke, Sämtliche Werke, Bd. 49/50: Zur Geschichte Deutschlands und Frankreichs im neunzehnten Jahrhundert, Leipzig 1887, 314–339, hier 318.

[42] RANKE, Politisches Gespräch (wie Anm. 41) 317.

[43] RANKE, Politisches Gespräch (wie Anm. 41) 318.

[44] RANKE, Politisches Gespräch (wie Anm. 41) 321.

[45] RANKE, Politisches Gespräch (wie Anm. 41) 322.

ses spezifische Merkmal, das gemäß Ranke die Singularität eines jeden Staates kennzeichnet, findet er im „Politischen Gespräch" die verschiedensten Formulierungen: Es ist das, „wodurch er Leben ist, Individuum, er selber", „das eigenthümlich geistige Dasein des individuellen Staates, sein Princip".[46]

Da Ranke durch den Mund Friedrichs zusätzlich zu diesen Ideen seine Schwierigkeiten mit dem Gedanken des Gesellschaftsvertrages formulierte, war es nur konsequent, die historische Betrachtung der individuellen Entwicklung von Staaten zur Grundlage der Politik überhaupt zu machen. Nicht aus allgemeinen Theorien, so wurde betont, sondern nur durch das Studium des historisch Besonderen könnten allgemeine Prinzipien gewonnen werden, die Grundlage einer jeden Politik sein müssten.[47] Und wenn das historisch Besondere Grundlage der Politik ist, muss folgerichtig die Politik und vor allem die Entwicklung der jeweiligen Staaten Gegenstand der Geschichtswissenschaft sein. Denn schließlich seien Staat und Nation so zentrale Kräfte, dass sie jede einzelne Person bis in ihre Körperbewegungen hinein prägten.[48]

Die Lehren, die hier aus der historischen Betrachtung offensichtlich gezogen wurden, zielten vornehmlich in Richtung einer Behauptung des Staates nach außen. Ein Staat musste seine Selbständigkeit erkämpfen. „Das Maß der Unabhängigkeit giebt einem Staate seine Stellung in der Welt; es legt ihm zugleich die Nothwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einzurichten, sich zu behaupten. Dies ist sein oberstes Gesetz."[49] Sehr ähnlich formulierte es Ranke in dem Aufsatz „Die großen Mächte" von 1833. Dort heißt es einleitend: „[A]uch halte ich mich absichtlich an die großen Begebenheiten, an den Fortgang der auswärtigen Verhältnisse der verschiedenen Staaten; der Aufschluß für die inneren, mit denen jene in der mannigfaltigsten Wirkung und Rückwirkung stehen, wird darin großentheils enthalten sein."[50]

Nun würde es selbstverständlich eine Verkürzung darstellen, Rankes geschichtswissenschaftliche Maximen allein auf die Außenpolitik von Staaten reduzieren zu wollen. Die zahlreichen Arbeiten der Ranke-Forschung haben

---

[46] RANKE, Politisches Gespräch (wie Anm. 41) 323.

[47] RANKE, Politisches Gespräch (wie Anm. 41) 325.

[48] RANKE, Politisches Gespräch (wie Anm. 41) 325 f.

[49] RANKE, Politisches Gespräch (wie Anm. 41) 328.

[50] Leopold v. RANKE, Die großen Mächte, in: Leopold v. Ranke, Sämtliche Werke, Bd. 24: Abhandlungen und Versuche, 2. Aufl., Leipzig 1877, 3–40, hier 4. Vgl. zu den beiden Texten „Die großen Mächte" und „Politisches Gespräch" Ulrich MUHLACK, Nachwort, in: Leopold v. Ranke, Die großen Mächte. Politisches Gespräch, Frankfurt a.M./Leipzig 1995, 113–139.

gezeigt, dass durchaus noch weitere Aspekte sein Geschichtsbild prägten. Jedoch ist es zweifelsohne so, dass er die Geschichte der Staaten und insbesondere ihre Außenpolitik in den Mittelpunkt seines Interesses und damit des Interesses der „allgemeinen Geschichte" stellte.[51] Dadurch begründete er eine Tradition, deren Nachwirkungen bis heute insofern zu spüren sind, als politische Geschichtsschreibung immer noch vornehmlich mit der Geschichte von Staaten identifiziert wird.

Es ist müßig, hier über die „tatsächlichen Anfänge" oder die „entscheidenden Einflüsse" im Rahmen dieser Entwicklung nachzusinnen. Zweifelsohne stellt jedoch Ranke eine überragende Gestalt in der deutschen Geschichtswissenschaft dar, von der sich nachfolgende Generationen schwerlich lösen konnten oder wollten. Dadurch blieben Staat und Politik wenn auch keineswegs die einzigen, so doch die dominierenden Themen.[52] Heinz Dieter Kittsteiner kennzeichnete die beschriebene Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft dahingehend, dass „Geschichtsschreiber – Ausnahmen bestätigen die Regel – in ihrer Mehrzahl verhinderte Politiker" waren.[53] Ein eigentlicher Bruch mit der Politikgeschichte klassischen Zuschnitts fand in Deutschland bekanntermaßen erst nach dem Zweiten Weltkrieg durch die sich langsam etablierende Sozialgeschichte statt. Eindrucksvoll markiert wurde diese Zäsur durch die Fischer-Kontroverse der 1960er Jahre, durch die so-

---

[51] Ernst SCHULIN, Universalgeschichte und Nationalgeschichte bei Leopold von Ranke, in: Wolfgang J. Mommsen (Hg.), Leopold von Ranke und die moderne Geschichtswissenschaft, Stuttgart 1988, 37–71.

[52] Vgl. Wolfgang J. MOMMSEN, Ranke and the Neo-Rankean school in imperial Germany. State-oriented historiography as a stabilizing force, in: Georg G. Iggers/James M. Powell (Hg.), Leopold von Ranke and the shaping of the historical discipline, Syracuse 1990, 124–140; Elisabeth FEHRENBACH, Rankerenaissance und Imperialismus in der wilhelminischen Zeit, in: Bernd Faulenbach (Hg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland. Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben, München 1974, 54-65; Bernd FAULENBACH, Deutsche Geschichtswissenschaft zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur, in: Bernd Faulenbach (Hg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland. Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben, München 1974, 66–85.

[53] Heinz Dieter KITTSTEINER, Geschichtsphilosophie nach der Geschichtsphilosophie. Plädoyer für eine geschichtsphilosophisch angeleitete Kulturgeschichte, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 48 (2000) 67–77, hier 74.

zio-ökonomische Fragen bei der Untersuchung politischer Vorgänge prominent in den Vordergrund gerückt wurden.[54]

Wie erfolgreich dieser Wandel innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft war, zeigt die Diskussion der 1970er Jahre um die politische Geschichte an.[55] Hier konnte beispielsweise Andreas Hillgruber beim Historikertag 1972 mit der These auftreten, dass ein Plädoyer für eine stärkere Stellung der politischen Geschichte inzwischen als eine Provokation erscheinen müsse. (Wir erinnern uns: Ein Jahr zuvor hatte Le Goff die Politikgeschichte als „Kadaver" bezeichnet.) Aber er bekannte sich zu seinen Überzeugungen und hob in Anlehnung an Gerd Tellenbach hervor, dass es schließlich Aufgabe des Historikers sei, „unbequem zu sein".[56] Man stelle sich vor: Die Politikgeschichte war der Geschichtswissenschaft unbequem geworden! Hillgruber forderte natürlich kein Wiederaufwärmen der politischen Geschichte im Stil des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, das er ohnehin viel weniger heraufziehen sah „als die völlige Indienstnahme der Geschichte durch sozialutopische Ideologien."[57] Doch was sich bei Hillgruber in Abwehrung der alten Politikgeschichte und der neuen Sozialgeschichte als „politische Geschichte in moderner Sicht" präsentierte, war eine ambivalente Mischung aus Anlehnungen an neue Inhalte bei gleichzeitiger Betonung traditioneller „außenpolitischer" Fragestellungen. Denn, so stellte Hillgruber unmissverständlich fest: „Im Mittelpunkt einer sich als Teildisziplin der Geschichtswissenschaft unter spezieller Perspektive verstehenden ‚politischen

---

[54] THAMER, Politische Geschichte (wie Anm. 37) 60; Überblicke finden sich bei Hans-Ulrich WEHLER, Geschichtswissenschaft heute, in: Jürgen Habermas (Hg.), Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit', Bd. 2: Politik und Kultur, Frankfurt a.M. 1979, 709–753, hier 710–739; Wolfgang J. MOMMSEN, Gegenwärtige Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik, in: Geschichte und Gesellschaft 7 (1981) 149–188; Dieter LANGEWIESCHE, Sozialgeschichte und Politische Geschichte, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hg.), Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Bd. 1: Die Sozialgeschichte innerhalb der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1986, 9–32, hier 11–20; Georg G. IGGERS, Introduction, in: Georg G. Iggers (Hg.), The social history of politics. Critical perspectives in West German historical writing since 1945, Leamington/Dover/Heidelberg 1985, 1–48. Bekanntermaßen fand dieser Umbruch beispielsweise in Frankreich wesentlich früher statt, vgl. LE GOFF, Ist Politik noch immer das Rückgrat der Geschichte? (wie Anm. 33) 341 f.

[55] Dazu auch Hans MOMMSEN, Politische Geschichte, in: Klaus Bergmann u.a. (Hg.), Handbuch der Geschichtsdidaktik, 5. Aufl., Seelze-Velber 1997, 197–200.

[56] Andreas HILLGRUBER, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: Historische Zeitschrift 216 (1973) 529–552, hier 530.

[57] HILLGRUBER, Politische Geschichte (wie Anm. 56) 531.

Geschichte', die sich modernen Fragestellungen öffnet, steht die Geschichte der praktizierenden Politik, und zwar eine auf die Staaten und ihre Beziehungen untereinander gerichtete Forschung. [...] Politische Geschichte kann Innen- wie Außenpolitik umfassen. ‚Politisch' ist sie deshalb, weil sie das Moment der Entscheidungen gegenüber der Vorstellung vom Prozeßcharakter der Geschichte betont. Dabei kommt der internationalen Politik im Rahmen des Großmacht- und Weltmachtsystems, wie es sich in der europäischen Neuzeit herausgebildet hat, auch und gerade heute besondere Beachtung zu. Denn: trotz aller Bedeutung langfristiger ökonomischer Entwicklungen, trotz allen davon ausgehenden oder sie begleitenden strukturellen Veränderungen und trotz allen ideologischen Frontenbildungen quer durch die Staatenwelt, die eine darauf gerichtete Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu einer unabdingbaren, aber nicht der einzigen oder gar der alles beherrschenden Aufgabe der Geschichtswissenschaft machen, bestimmen auch im 19. und 20. Jahrhundert die Gegensätze zwischen den Groß- und Weltmächten wesentlich den Verlauf der allgemeinen Geschichte."[58] Womit alle einschlägigen Stichworte versammelt wären, die bereits die Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts bestimmten: Staat – Staaten und ihre Beziehungen untereinander – Entscheidung/Ereignis versus Prozess – politische Geschichte als allgemeine Geschichte.

Das Verhältnis der politischen Geschichte zur Sozialgeschichte unterwarf Hillgruber einer gewagten Neuinterpretation. So drehte er den Vorwurf der Sozialgeschichte, man könne politische Vorgänge ohne die sozialen und ökonomischen Bedingungen gar nicht verstehen, einfach um: Man könne gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen ohne politische Entscheidungen nicht verstehen! Die „großen Männer der Geschichte" verwandelten sich bei ihm zu „Führungsgruppen der Großstaaten", wodurch er sich in die Nähe zur Sozial- und Strukturgeschichte gerückt sah, auch wenn er weiterhin die Intentionen und Zielvorstellungen dieser „Gruppe" in den Mittelpunkt stellen wollte. Im Ergebnis ist seinen Ausführungen jedoch nicht viel mehr zu entnehmen als der Versuch, die „altehrwürdige" Politikgeschichte auch über den durch die Sozialgeschichte ausgelösten Wandel innerhalb des geschichtswissenschaftlichen Diskurses hinwegzuretten, sie bedingt an neue Themen her-

[58] HILLGRUBER, Politische Geschichte (wie Anm. 56) 532 f.

anzuführen, um im Gegenzug sofort wieder den „Primat der Außenpolitik" hochzuhalten.[59]

Einen ähnlichen Weg schlug Klaus Hildebrand ein, der sich ebenfalls gegen einen von ihm konstatierten Absolutheitsanspruch der Gesellschaftsgeschichte zur Wehr setzte und die durchaus bedenkenswerte Frage stellte, was angesichts einer existierenden Staatenwelt gegen eine Geschichtsschreibung der internationalen Beziehungen sprechen könnte. Insgesamt ist jedoch auch bei ihm nicht zu übersehen und zu überlesen, dass hier ein einstmals dominierender Forschungszweig um die letzten Früchte seiner Anerkennung bangte. Die schmollende Bemerkung, die Gesellschaftsgeschichte trete „als eine neue Integrationswissenschaft auf, die danach trachtet, alle bekannten Disziplinen der Historiographie durch den Oktroi ihrer eigenen Paradigmen zu bevormunden",[60] spricht Bände.

Wirklich problematisch erscheint aber nicht Hildebrands Verteidigung einer traditionell ausgerichteten Politikgeschichte, sondern der erkenntnistheoretische Zugang, den er damit verknüpfte. Denn sein wichtigstes Argument gegen eine Theoretisierung historischer Themen bestand in einer vorausgesetzten Unmittelbarkeit der Erkenntnis von Vergangenheit, die sich heute (aber auch bereits zur Zeit der Veröffentlichung von Hildebrands Aufsatz 1976) angesichts konstruktivistischer Ansätze innerhalb der Soziologie, Biologie, Philosophie, Hirnforschung oder Psychologie kaum noch aufrecht erhalten lässt.[61] So bezeichnete er die Frage nach „Hegemonie und Gleichgewicht" durch „die handelnden Staatsmänner Europas" als einen „realitätsgefüllten" Begriff, der „nicht nur objektiv vorhandene, sondern auch subjektiv – und zwar in breitem Maße – erfahrene und zum Ausdruck gebrachte Wirklichkeit" wiedergebe.[62]

---

[59] HILLGRUBER, Politische Geschichte (wie Anm. 56) passim. Vgl. dazu auch folgende Diskussionsbeiträge: Andreas HILLGRUBER, Gedanken zu einer politischen Geschichte moderner Prägung, in: Freiburger Universitätsblätter 30 (1970) 33–43; Michael BERGER, Vorurteilsfreie Geschichtswissenschaft? Anmerkungen zu einem Vortrag A. Hillgrubers, in: Freiburger Universitätsblätter 32 (1971) 33–41; Andreas HILLGRUBER, Zu den Anmerkungen Michael Bergers („Vorurteilsfreie Geschichtswissenschaft?") zu meinem Beitrag „Gedanken zu einer politischen Geschichte moderner Prägung", in: Freiburger Universitätsblätter 34 (1971) 71–74.

[60] Klaus HILDEBRAND, Geschichte oder „Gesellschaftsgeschichte"? Die Notwendigkeit einer politischen Geschichtsschreibung von den internationalen Beziehungen, in: Historische Zeitschrift 223 (1976) 328–357, hier 332. Als Antwort auf Hildebrands Aufsatz vgl. Hans-Ulrich WEHLER, Kritik und kritische Antikritik, in: Historische Zeitschrift 225 (1977) 362–384.

[61] Humberto R. MATURANA/Francisco J. VARELA, Der Baum der Erkenntnis. Die biologischen Wurzeln des menschlichen Erkennens, Bern/München 1987.

[62] HILDEBRAND, Geschichte oder „Gesellschaftsgeschichte"? (wie Anm. 60) 348.

Dabei ließ er die allerdings nicht allzu neue Überlegung außer Acht, dass Begriffe keineswegs Wirklichkeit wiederspiegeln, sondern vielmehr erst herstellen – konstruieren![63] Konsequenterweise vertrat er auch eine Wissenschaftsauffassung, die sich der Geschichte nicht auf dem „Umweg" von Theorien, sondern „über den Weg der direkten Anschauung" nähert,[64] übersah dabei jedoch, dass die Geschichtswissenschaft sich der Tatsache bewusst sein muss, dass sie die Konstruktionen der Vergangenheit, die uns die Quellen präsentieren, ihrerseits wieder in neuen Kontexten konstruiert. „Historische Forschung konstruiert Fiktionen des Faktischen, *weil* sie sich mit Realitäten befaßt, die nur in der retrospektiven Konstruktion zugänglich sind."[65]

Selbstverständlich rieb sich die Historische Sozialwissenschaft Bielefelder Provenienz – namentlich Hans-Ulrich Wehler – an diesen Auffassungen von politischer Geschichtsschreibung, schließlich waren sie ja als direkte Entgegnung auf deren Positionen gedacht gewesen. Der sozialgeschichtliche Gegenentwurf einer „modernen Politikgeschichte" betonte demgegenüber zunächst die gesellschaftliche und wirtschaftliche Basis politischen Handelns. Hier wurden die Grundlagen dafür gesehen, was die ältere Politikgeschichte nur allzu gern in den Intentionen und Entscheidungen „großer Staatsmänner" und Regierungen verortete. Allerdings sollte Politikgeschichte ihrerseits nicht, wie die Arbeiten der Sozialgeschichte ja auch zeigten, in den Hintergrund gedrängt werden, sondern eine integrale Verbindung mit Fragen nach Gesellschaft, Wirtschaft und Verfassung eingehen.[66] Darüber hinaus blieb die Politikgeschichte innerhalb der Sozialgeschichte allerdings blass, da sie keineswegs im Zentrum ihres Interesses stand, wie auch Wehler unumwunden zugab.[67] Der Machtbegriff, der an der traditionellen Politikgeschichte kritisiert wurde, erschien auch innerhalb der Gesellschaftsge-

---

[63] Zu lernen beispielswesie bei Ludwig WITTGENSTEIN, Über Gewißheit, in: Ludwig Wittgenstein, Werkausgabe, Bd. 8, 7. Aufl., Frankfurt a.M. 1997, 113–257.

[64] HILDEBRAND, Geschichte oder „Gesellschaftsgeschichte"? (wie Anm. 60) 356.

[65] WELSKOPP, Die Sozialgeschichte der Väter (wie Anm. 27) 175.

[66] Hans-Ulrich WEHLER, Moderne Politikgeschichte oder „Große Politik der Kabinette", in: Geschichte und Gesellschaft 1 (1975) 344–369, hier 360. Vgl. auch Jürgen BERGMANN/Klaus MERGELE/Peter STEINBACH, Einleitung. Aspekte politologisch orientierter Geschichtswissenschaft, in: Jürgen Bergmann/Klaus Mergele/Peter Steinbach (Hg.), Geschichte als politische Wissenschaft. Sozialökonomische Ansätze, Analyse politikhistorischer Phänomene, politologische Fragestellungen in der Geschichte, Stuttgart 1979, 11–21, hier 11 f.

[67] „Außerdem ist mir selber unklar, wie eine angemessene Umschreibung moderner Politikgeschichte heute im einzelnen auszusehen hat." WEHLER, Moderne Politikgeschichte (wie Anm. 66) 365.

schichte nur um Nuancen erweitert. Wehler betonte, dass Macht nicht nur im Rahmen von Staatsregierungen zu untersuchen sei, sondern sich auf unterschiedliche politische Zentren verteile, „von Verbandsleitungen oder Generalstäben bis zu informellen Beratergremien und Agitationsverbänden".[68] Um einen rein institutionell fixierten Machtbegriff handelt es sich dabei allerdings immer noch. Darüber hinaus plädierte Wehler in aller Vorsicht und Vorläufigkeit dafür, eher mit dem Begriff des politischen Systems als mit der Kategorie des Staates zu arbeiten, politisches Entscheidungshandeln weiter zu differenzieren sowie politische Normvorstellungen und Legitimationsprobleme stärker zu berücksichtigen.[69]

Ein weiteres Schlagwort der Sozialgeschichte, das gegen die Ansätze traditioneller Politikgeschichte vorgebracht wurde, erscheint – wie ihr Machtbegriff – wenig dazu angetan, konzeptionell wirklich weiterzuführen. Angesprochen ist damit der von Eckart Kehr in den 1920er Jahren formulierte und von der Historischen Sozialwissenschaft aufgegriffene „Primat der Innenpolitik".[70] „Als polemisches Gegenkonzept gegen die zählebige Vorherrschaft des ‚Primats der Außenpolitik' versuchte die Leitvorstellung von einem ‚Primat der Innenpolitik' die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung innergesellschaftlicher, sozioökonomischer und politischer Faktoren zu lenken und die erstarrten Klischees der Politikgeschichte aufzubrechen."[71] Über die Polemik hinaus hat dieser Ansatz jedoch kaum Neuerungen erbracht, denn schließlich war es auch vor der genannten Auseinandersetzung kein Geheimnis, dass es durchaus lohnend sein kann, sich dem Thema der Innenpolitik zu widmen. Dies war wohl auch Wehler bewusst, denn er bemerkte Ende der 1970er Jahre, als die Diskussion um eine „moderne Politikgeschichte" zu einem Ende gekommen war, dass „der ‚Primat der Innenpolitik' als harter Keil auf einen groben Klotz seine Schuldigkeit getan" hatte. Das Primatdenken war seiner Ansicht nach nicht mehr dazu angetan, den historischen Konstellationen gerecht zu werden, die subtilere Ansätze benötigten, als die einseitige Bevorzugung entweder der Innen- oder der Außenpolitik.[72]

---

[68] WEHLER, Moderne Politikgeschichte (wie Anm. 66) 361 f.

[69] WEHLER, Moderne Politikgeschichte (wie Anm. 66) 366–369.

[70] Eckart KEHR, Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Berlin 1970.

[71] WEHLER, Geschichtswissenschaft heute (wie Anm. 54) 735.

[72] WEHLER, Geschichtswissenschaft heute (wie Anm. 54) 736.

Diese Diskussion zwischen der traditionelleren Politikgeschichte (Hillgruber, Hildebrand) und der Sozialgeschichte (Wehler) klang mit dem Wehler-Aufsatz von 1979 in den von Habermas herausgegebenen „Stichworten zur Geistigen Situation der Zeit" aus. Zugespitzt formuliert verteidigte die eine Seite die aus den Anfängen der Geschichtswissenschaft stammende Bedeutung der Außenpolitik und Diplomatiegeschichte[73] mit gewissen Zugeständnissen an andere (politikgeschichtliche) Fragestellungen, während die andere Seite die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen politischen Handelns betonte, insgesamt jedoch wenig Konzeptionelles zu einer „modernen Politikgeschichte" beizutragen hatte. Seitdem schwieg sich die Geschichtswissenschaft in Deutschland weitgehend darüber aus, was Politikgeschichte sein könnte.[74] Auch die später erschienenen „Nachschläge"[75] lassen weder neue Argumente noch ein Abklingen bisweilen hysterischer Töne erkennen.[76] Daran hatte sicherlich auch der „Historikerstreit" von 1986/87 seinen Anteil, bei dem sich die benannten Kontrahenten – sicherlich nicht zufällig – in verschiedenen Lagern wiederfanden.[77]

Die Diskussion der 1970er Jahre verdeutlicht jedoch, dass der Versuch einer „modernen Politikgeschichte der internationalen Beziehungen" das letzte Aufbäumen eines Forschungszweiges war, der bereits in den 1960er Jahren den

---

[73] In diesem Sinne formulierte beispielsweise Ernst-Otto Czempiel über Klaus Hildebrands Buch „Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945" (Stuttgart 1995): „Es beschreibt nicht nur eine vergangenen Epoche, es gehört ihr auch an." Ernst-Otto CZEMPIEL, Deutsche Außenpolitik von 1871–1945, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996) 243–256, hier 256.

[74] Vgl. die Rückschau von Eckart CONZE, „Moderne Politikgeschichte". Aporien einer Kontroverse, in: Guido Müller (Hg.), Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert. Festschrift für Klaus Schwabe zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1998, 19–30.

[75] Andreas HILLGUBER, Die Diskussion über den „Primat der Außenpolitik" und die Geschichte der internationalen Beziehungen in der westdeutschen Geschichtswissenschaft seit 1945, in: Andreas Hillguber, Die Zerstörung Europas. Beiträge zur Weltkriegsepoche 1914 bis 1945, Berlin 1988, 32–47; Hans-Ulrich WEHLER, „Moderne" Politikgeschichte? Oder: Willkommen im Kreis der Neorankeaner vor 1914, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996) 257–266.

[76] Hillgruber über Wehler: „den ans Totalitäre grenzenden Machtanspruch der inzwischen voll entwickelten Wehlerschen Konzeption"; „Tatsächlich hatte Wehler den Versuch unternommen, die Geschichtswissenschaft mit der Formel vom „Primat der Innenpolitik" zu revolutionieren." HILLGRUBER, Die Diskussion über den Primat der Außenpolitik (wie Anm. 75) 37, 39. Wehler über die traditionellere politische Geschichtsschreibung: „Erscheinungsformen eines schäbigen McCarthyismus"; Wehler über Hillgruber: „milieugeschädigter Konservativismus"; WEHLER, Geschichtswissenschaft heute (wie Anm. 54) 746 f.

[77] Vgl. die Beiträge im Dokumentationsband „Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.

Staffelstab an die Sozialgeschichte abgegeben hatte. In den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts beherrschten bekanntermaßen andere Diskussionen das Geschehen.[78] Hier musste sich die Historische Sozialwissenschaft ihrerseits der Herausforderung durch die Alltagsgeschichte, Mikrohistorie, Historische Anthropologie und Kulturgeschichte stellen – und wies in ihren Argumentationsmustern dabei interessante Parallelen zur politischen Historiographie vergangener Tage auf! Politik aber war als historisch interessierendes Forschungsthema zumindest in den theoretischen und methodischen Auseinandersetzungen weitgehend von der Bildfläche verschwunden.

Wie bei solchen generalisierenden Aussagen üblich, lassen sich natürlich auch hier Ausnahmen finden, mit denen versucht wurde, Politik innerhalb der Geschichtswissenschaft neu zu konzeptualisieren. Unter dem bereits in der vorangegangenen Diskussion benutzten Etikett einer „modernen Politikgeschichte" wurde ein Ansatz erprobt, der sich den eigenen Traditionen verpflichtet wusste, aber gleichzeitig in der Auseinandersetzung mit der Sozialgeschichte Erweiterungen prüfte und so der Historischen Sozialwissenschaft zu begegnen versuchte. Hans-Ulrich Thamer konnte beispielsweise 1990 schon mit Selbstverständlichkeit festhalten, dass politische Geschichte „im modernen Verständnis die Geschichte des politischen Handelns" ist.[79] „Politisches Handeln geht nicht nur vom Staat und seinen Institutionen, sondern auch von politischen und gesellschaftlichen Gruppen und Kräften aus."[80] Dieser sozialgeschichtliche Zugang stellt mithin eine erste Erweiterung gegenüber der Politikgeschichte klassischer Provenienz dar. Zweitens sollten laut Thamer neben der Außenpolitik und der Beziehung der Staaten untereinander auch die Innenpolitik und die Bildung beziehungsweise Veränderung von Staaten und staatlichen Institutionen zum Gegenstand gemacht werden – eine weitere inhaltliche Erweiterung.[81] Grundlage dieses Ansatzes ist ein offensichtlich erweiterter Politikbegriff, der sich nicht länger allein auf den Staat konzentriert, sondern institutionelle Ebenen außerhalb und unterhalb des Staates ebenso berücksichtigt wie die Gruppe der politischen Entschei-

---

[78] Dies zeigt auch ein Blick in einschlägige Bibliographien, zumindest soweit man sich an die Titel der Veröffentlichungen hält. Für den Berichtszeitraum 1990–2000 verzeichnet die Historische Bibliographie gerade einmal 30 Einträge unter dem Stichwort „politische Geschichte" und 8 Einträge unter dem Stichwort „Politikgeschichte" bei insgesamt 123.797 Datensätzen.

[79] THAMER, Politische Geschichte (wie Anm. 37) 52 f.

[80] THAMER, Politische Geschichte (wie Anm. 37) 53.

[81] THAMER, Politische Geschichte (wie Anm. 37) 53.

dungsträger mit ihrer Ideologie, ihrem Herkommen und ihrem Sozialverhalten. Schließlich sollte der Begriff der politischen Kultur stärkere Beachtung finden, „mit dem bei aller analytischen Unschärfe jenes Geflecht von Wertmustern, Verhaltensformen und Mentalitäten angesprochen wird, das das politische Handeln und Wahrnehmen von politischen Akteuren und Gruppen wie von Individuen teils bewußt, teils unbewußt prägt."[82]

Bereits 1971 formulierte Gordon A. Craig einige Gedanken zur Politikgeschichte in dem Bestreben, die traditionelle politische Geschichte, insbesondere die Diplomatiegeschichte, zu bewahren, gleichzeitig aber auch die Kritik an diesen Forschungsrichtungen zur Kenntnis zu nehmen und Hinweise für eine mögliche Neuorientierung zu geben. Zum einen bestimmte er politische Geschichte als „the history of a state or, in a broader sense, of the ways in which men have come together in societies, organized and maintained them, and interacted with other social units"[83] – eine inhaltliche Bestimmung, die bereits deutlich in Richtung einer politischen Anthropologie zielt, auch wenn Craig diesen Begriff weder nannte, noch die damit verbundenen, inhaltlich weitreichenden Konsequenzen umsetzte. Zweitens stellte Craig das Phänomen der Macht in den Vordergrund, das als soziale Konstante einer eingehenderen kritischen Untersuchung unterzogen werden sollte. In Verbindung damit formulierte er als dritte Forderung an die politische Geschichte die Erforschung konkreten politischen Handelns von Institutionen. Dies erschien ihm deswegen umso notwendiger, weil man über die normativen Vorgaben, aufgrund derer politische Institutionen handeln sollten, zwar vielfältige Informationen besaß, von der praktischen Umsetzung jedoch nur wenig Kenntnis hatte. Schließlich war es ein Problem bisheriger politischer Geschichtsschreibung, so Craig, dass ihr vorrangiges Untersuchungsobjekt politische Konflikte, Kriege, Machtauseinandersetzungen, Revolutionen und politische Instabilität waren – mithin die „Ereignisse", die von der Annales-Geschichtsschreibung als Gekräusel auf der historischen Oberfläche verfemt worden waren. Demgegenüber forderte Craig, Phasen der politischen Stabilität, Normalität und des politischen Alltags stärker zu berücksichtigen.[84]

Dieter Langewiesche hat 1986, die Auseinandersetzung um eine „moderne Politikgeschichte" resümierend, zurecht festgestellt, dass im Zusammenhang der Diskussion um Alltagsgeschichte, Mikrohistorie und Historische

---

[82] THAMER, Politische Geschichte (wie Anm. 37) 62.

[83] Gordon A. CRAIG Political history, in: Daedalus 100 (1971) 323–338, hier 323.

[84] CRAIG, Political history (wie Anm. 83) 323–327.

Anthropologie weder das Politikverständnis der traditionellen Politikgeschichte noch dasjenige der Gesellschaftsgeschichte ausreichen kann. Denn durch diese Ansätze wurde ein weiter Politikbegriff eingeführt, der die – in der Diskussion der 1970er Jahre unausgesprochene, aber eindeutig bestehende – Grenze zwischen dem angeblich nicht-politischen Bereich des Individuellen und Privaten auf der einen sowie der einzig wirklichen politischen Arena des Institutionellen und Öffentlichen auf der anderen Seite niederriss. Dadurch wurde laut Langewiesche das Politische keineswegs in Randbereiche abgedrängt. Im Gegenteil, es wurde deutlich gemacht, dass es in der Gesellschaft der Neuzeit kaum einen Lebensbereich gab, der vom Politischen nicht betroffen war.[85]

Ähnlich äußerte sich Patrick Collinson, der eine neue Politikgeschichte forderte, die sich – unter den Vorzeichen der britischen historiographischen Entwicklung – als eine „social history" verstehen sollte, die der Politik wieder einen angemessenen Stellenwert einräumte.[86] Diese neue Politikgeschichte sollte keineswegs nur das Handeln von Regierungen erforschen, sondern die soziale Tiefe des Politischen ausloten, die Zeichen politischen Lebens auf allen Stufen der Gesellschaft ausfindig machen, auch und gerade bei den gesellschaftlichen Gruppen, bei denen man sie zuvor nicht gesucht hatte. Dabei galt es sowohl die horizontalen Beziehungen innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten auszuleuchten, als auch die vertikalen Verknüpfungen mit den Spitzen der jeweiligen Gemeinwesen, den Fürsten und Regierungen, die bisher vorrangiges Objekt der Politikgeschichte gewesen waren.[87]

Gemeinsam mit Craigs Aufsatz erschien der bereits erwähnte Beitrag von Jacques Le Goff, der sich der Frage widmete, ob Politik noch immer das Rückgrat der Geschichte sei. Überraschend war nicht nur, dass Le Goff diese Frage mit einem bedingten ja beantwortete, sondern dass er sie überhaupt stellte. Denn wie er selbst einleitend bemerkte, erwartete man eine solche Frage nicht gerade von einem der bekanntesten Historiker der Annales-Schule, die entscheidend dazu beigetragen hatte, allein schon der Bezeichnung

---

[85] LANGEWIESCHE, Sozialgeschichte und Politische Geschichte (wie Anm. 54) 22 f.

[86] Patrick COLLINSON, De Republica Anglorum: or, history with politics put back, in: Patrick Collinson, Elizabethan essays, London/Rio Grande 1994, 1–29, hier 11. G.M. Trevelyan hatte „social history" definiert als „the history of a people with the politics left out." Ebd., 10. Ein Forschungsüberblick zu neueren Tendenzen in Großbritannien bei Stephen ALFORD, Politics and political history in the Tudor century, in: The Historical Journal 42 (1999) 535–548.

[87] COLLINSON, De Republica Anglorum (wie Anm. 86) 11.

„politische Geschichte" einen fahlen, ja modrigen Beigeschmack zu geben. Schließlich hatte Fernand Braudel, „qui ne passe pas pour nourrir une sympathie exagerée envers l'histoire politique",[88] in seinem Buch über „Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II."[89] die Politik in den dritten Teil verbannt, in die „Rumpelkammer", wie Le Goff feststellte.[90]

Rettung für die politische Geschichte sah Le Goff jedoch von Seiten der Soziologie und der Anthropologie nahen. Denn diese hätten ihr den zentralen Begriff der Macht zur Verfügung gestellt, eine Konstante, die auf alle Gesellschaften und Kulturen zutraf. Der Machtbegriff ist nach seinem Dafürhalten zweifellos zentral für eine erneuerte politische Geschichte, denn da, „wo Politik die Idee von Oberfläche evozierte, kann Macht die Vorstellung von Zentrum und Tiefe suggerieren."[91] Im Gegensatz zu einem Politikbegriff, der sich traditionellerweise mit den Stichworten Staat, Regierung, große Männer und Ereignis verband, verweist der Machtbegriff auf seine eigene Omnipräsenz, die zeitlich, räumlich und sozial alles durchdringt, mithin auch eine nahezu unendliche Zahl historischer Fragen ermöglicht. Dabei hob Le Goff sowohl für den Rahmen der mittelalterlichen Geschichte wie für die Geschichtswissenschaft insgemein die Bedeutung von Symbolen der Macht hervor. Nur die intensive Erforschung des Phänomens der Macht kann nach Ansicht Le Goffs dazu führen, dass Politik Relevanz für die verschiedenen historischen Forschungsbereiche wie Gesellschaft, Bildung, Kunst, Religion, Stadt usw. erlangt. Dadurch wäre Politik zwar nicht mehr das Rückgrat, aber der Kern von Geschichte.[92]

---

[88] JULLIARD, La politique (wie Anm. 32) 231.

[89] Fernand BRAUDEL, Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II., 3 Bde., Frankfurt a.M. 1998.

[90] LE GOFF, Ist Politik noch immer das Rückgrat der Geschichte? (wie Anm. 33) 342. Dazu auch Claudia HONEGGER, Geschichte im Entstehen. Notizen zum Werdegang der Annales, in: Marc Bloch u.a., Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zur systematischen Aneignung historischer Prozesse, Frankfurt a.M. 1977, 7–44, hier 35.

[91] LE GOFF, Ist Politik noch immer das Rückgrat der Geschichte? (wie Anm. 33) 343. Vgl. auch Peter BURKE, Offene Geschichte. Die Schule der *Annales*, Berlin 1991, 22; Bernard GUENÉE/Jean-François SIRINELLI, L'histoire politique, in: François Bédarida (Hg.), L'histoire et le métier d'historien en France 1945–1995, Paris 1995, 301–312, hier 309.

[92] LE GOFF, Ist Politik noch immer das Rückgrat der Geschichte? (wie Anm. 33) 348–352. Vgl. auch Jacques LE GOFF, Wie schreibt man eine Biographie?, in: Fernand Braudel u.a., Wie Geschichte geschrieben wird, Berlin 1998, 103–112, hier 107; Jacques REVEL, Political history in the 1980s. A comment, in: Theodore K. Rabb/Robert I. Rotberg (Hg.), The new history. The 1980s and beyond, Princeton 1982, 49 f. In einem recht ähnlichen Sinn argumentiert Otto BRUNNER, Der Historiker und die Geschichte von Verfassung und Recht, in: Historische Zeitschrift 209 (1969) 1–16, hier 3–5, wobei er jedoch recht schnell einen weiten Machtbegriff auf Recht und Politik reduziert.

Kulturgeschichte des Politischen

Vor allem an die Diskussionen der 1970er und 1980er Jahre um eine neue Politikgeschichte lässt sich anknüpfen, wenn es darum geht, das Terrain einer Kulturgeschichte des Politischen zu skizzieren. Eine solche Neuvermessung des geschichtswissenschaftlichen Terrains erscheint auch deswegen vonnöten, weil ein diesbezüglicher Mangel an politischen Fragestellungen sowohl für die Kulturgeschichte als auch für die Historische Anthropologie bereits formuliert worden ist.[93] Der Eindruck, dass die Kulturgeschichte das Politische vernachlässige, konnte vor allem dadurch entstehen, dass Politik gemäß dem Verständnis traditioneller Geschichtsschreibung in der Tat in kulturhistorischen Arbeiten nur selten Gegenstand war und ist.[94] Zugleich machten entsprechende Arbeiten jedoch deutlich, dass es quasi keinen Bereich gab, der nicht politisch war, da nahezu immer in der einen oder anderen Form Macht, Konflikte, Herrschaft, Obrigkeit, Staat oder Recht zum Thema gemacht wurden – und sei es auch „nur" in der Form, dass Männer und Frauen, Bevölkerungen und Unterschichten als Objekte politischen Handelns in den Blick kamen. Was die Kulturgeschichte jedoch bisher versäumt hat, ist diesen bedeutenden Bereich des Politischen für entsprechende Problemstellungen zu konzeptualisieren.[95] Die Ausführungen von Craig, Thamer, Langewiesche und Le Goff haben in dieser Hinsicht vor allem zwei Aspekte in den Vordergrund gerückt: zum einen die erweiterte soziale Basis, die eine Politikgeschichte zu berücksichtigen hat, indem sie die Grenze zwischen den an-

---

[93] Ulrich RAULFF, „Historische Anthropologie". Eine Zeitschrift und ein Programm, in: Rechtshistorisches Journal 15 (1996) 65–79, hier 76–78.

[94] Dazu trugen auch fraglos die Diskussionen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bei, die vor allem um das Problem kreisten, entweder Politik oder Kultur in den Mittelpunkt geschichtswissenschaftlichen Interesses zu stellen. Vgl. dazu Hans SCHLEIER, Historisches Denken in der Krise der Kultur. Fachhistorie, Kulturgeschichte und Anfänge der Kulturwissenschaften in Deutschland, Göttingen 2000; Hans SCHLEIER, Kulturgeschichte kontra politische Geschichte. Oder: Wie man offiziöse Geschichte schreiben soll, in: Gustav Seeber (Hg.), Bismarckzeit. Historische Streiflichter einer Epoche 1871–1895, Leipzig/Jena/Berlin 1991, 301–312; Felix GILBERT, Geschichte: Politik oder Kultur? Rückblick auf einen klassischen Konflikt, Frankfurt a.M./New York/Paris 1992; Georg Matthias MOJSE, Kulturgeschichte, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer (Hg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 4, Darmstadt 1976, 1333–1338.

[95] Vgl. neuerdings jedoch Wolfgang REINHARD, Was ist europäische politische Kultur? Versuch zur Begründung einer politischen Historischen Anthropologie, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001) 593-616.

geblich politisch Handelnden und den angeblich Politik Erduldenden obsolet werden lässt;[96] zum zweiten ist es der Begriff der Macht, dessen Allgegenwart der Politik im Rahmen historischer Fragestellungen einen neuen Stellenwert zu geben verspricht.

Damit sind ohne Zweifel zentrale Aspekte benannt, die einer erneuerten Politikgeschichte unter kulturhistorischen Vorzeichen zugrunde gelegt werden müssen und die den folgenden Überlegungen als Ausgangspunkte dienen können. Richtet man jedoch den Blick auf das, was sich die Kulturgeschichte jüngeren Datums generell auf die Fahnen geschrieben hat, kann eine solche Neuorientierung noch nicht genügen. Denn wenn es um kollektive Bedeutungszusammenhänge gehen soll, um die Geschichte gesellschaftlicher Sinnproduktionen, die das Chaos der Welt in eine Ordnung bringen und die Realität verstehbar und erklärbar machen, dann muss eine Kulturgeschichte des Politischen an einem grundsätzlicheren Punkt ansetzen – dann muss vorab geklärt werden, was unter dem Politischen verstanden werden soll. Dazu gilt es zunächst, das Politikverständnis der traditionellen Politikgeschichte zu dekonstruieren, um in der Folge – wie für eine wohl verstandene Dekonstruktion angemessen – aus den einzelnen Bestandteilen einen erneuerten Begriff des Politischen zu (re-)konstruieren.

Als wesentliches Merkmal politikhistorischen Fragens wurde die Konzentration auf das (vor allem außenpolitische) Handeln von Staaten und Staatsmännern bereits zur Genüge herausgestellt und in den Diskussionen der letzten Jahrzehnte auch weidlich kritisiert. Vor diesem Hintergrund dürfte es zukünftig kaum darum gehen, innerhalb einer sich neu orientierenden Politikgeschichte die Aktionen von Machthabern zum vornehmlichen Gegenstand zu erheben, möglicherweise noch unter besonderer Berücksichtigung diplomatischer Verwicklungen. Eine solche freiwillige Selbstbeschränkung steht wohl außerhalb jeglicher Diskussion. Stattdessen ist es unumgänglich, den Fokus der Politikgeschichte auf sämtliche soziale und institutionelle Bereiche auszuweiten und artifizielle Differenzierungen welcher Art auch

---

[96] Hier hat insbesondere die Widerstandforschung Entscheidendes geleistet; vgl. Peter BLICKLE, Unruhen in der ständischen Gesellschaft 1300–1800, München 1988; Winfried Schulze (Hg.), Europäische Bauernrevolten der frühen Neuzeit, Frankfurt a.M. 1982. Vgl. auch Philip R. VANDERMEER, The new political history: progress and prospects, in: Georg G. Iggers/Harold T. Parker (Hg.), International handbook of historical studies. Contemporary research and theory, Westport/London 1979, 87–108; Allan G. BOGUE, The new political history in the 1970s, in: Michael Kammen (Hg.), The past before us. Contemporary historical writing in the United States, Ithaca/London 1980, 231–251.

immer, die Politisches von Nicht-Politischem zu trennen versuchen, hinter sich zu lassen.[97] Es kann also kaum ein Politikverständnis zur Grundlage gemacht werden, dass sich, nach einer ironischen Bemerkung von Vladimir Nabokov, versteht als „jene lächerliche Folge von Abkommen, Konflikten, Verschärfungen, Spannungen, Meinungsverschiedenheiten, Zusammenbrüchen und der Verwandlung völlig harmloser kleiner Städte in die Namen internationaler Verträge".[98] Insofern hat Politikgeschichte eine Chance nur in der Erweiterung.[99]

Die Bedeutung einer solchen inhaltlichen Bestimmung lässt sich nochmals in Auseinandersetzung mit der traditionellen Politikgeschichte aufzeigen. Stellen wir uns zum Beispiel der berechtigten Frage Klaus Hildebrands, was gegen eine politische Geschichtsschreibung spricht, die sich der Außenpolitik beziehungsweise den internationalen Beziehungen widmet, angesichts der Existenz einer aus einer Vielzahl verschiedener Staaten bestehenden Welt, die ein sowohl historisches als auch gegenwärtiges Faktum ist.[100] Die Antwort muss selbstverständlich lauten, dass nichts gegen ein solches Vorgehen spricht. Es sei allen, die sich diesem Thema widmen möchten, unbenommen, dies zu tun. Es kann auch keine Rede davon sein, die Geschichtswissenschaft, die sich vor allem dem Handeln von Staaten widmet, als irrelevant in die Asservatenkammer zu verbannen.[101] Auch kann und will eine Kulturgeschichte des Politischen solche Fragestellungen keineswegs außen vor lassen – allerdings wird sie sich mit Diplomatie und Außenpolitik unter anderen Vorzeichen beschäftigen.[102] Denn die traditionelle politische Geschichtsschreibung muss sich, nachdem ihr nach dem Zweiten Weltkrieg der Anspruch, „allgemeine Geschichte" zu sein, erfolgreich streitig gemacht worden ist, heute mit der Frage konfrontieren lassen, ob diese Art einer Geschichte der Politik im Ansatz nicht zu eng ist und ob der Politikbegriff, der

---

[97] Geoff ELEY, Wie denken wir über Politik? Alltagsgeschichte und die Kategorie des Politischen, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, Münster 1994, 17–36, hier 18.

[98] Vladimir NABOKOV, Die Gabe, Reinbek bei Hamburg 1993, 60.

[99] In Anlehnung an die Formulierung von Werner CONZE, Sozialgeschichte in der Erweiterung, in: Neue Politische Literatur 19 (1974) 501–508.

[100] HILDEBRAND, Geschichte oder „Gesellschaftsgeschichte"? (wie Anm. 60) 329.

[101] Für eine solche Pluralität plädiert auch HILDEBRAND, Geschichte oder „Gesellschaftsgeschichte"? (wie Anm. 60) 346 f.

[102] Vgl. dazu Ursula LEHMKUHL, Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001) 394–423.

ihm zugrunde liegt, nicht an gegenwärtigen Interessen – aus denen sich Forschungsfragen bekanntermaßen speisen – vorbeigeht. Hierin ist das zentrale Argument zu erblicken, dass eine Erneuerung der Politikgeschichte notwendig macht.

Hinter der traditionellen, weit über die Grenzen der älteren politischen Geschichtsschreibung hinaus verbreiteten Auffassung von Politik steht die generelle Annahme, dass die Politik in der einen oder anderen Weise mit der Organisationsform des Staates, seinen Institutionen und seinen Trägern verbunden ist. Mit einer solchen Vorannahme begibt man sich jedoch auf einen eurozentristischen Holzweg, denn schließlich – und dies wird in der Geschichtswissenschaft tendenziell übersehen – ist der Staat nicht nur eine europäische Erfindung,[103] sondern auch ein „menschheitsgeschichtlicher Sonderfall".[104] Das heißt aber bei weitem nicht, dass auch das Politische ein Reservat von Staaten allgemein und des europäischen Kontinents im Besonderen ist. Es war jedoch genau diese restriktive Annahme, die zu der heute als problematisch zu erachtenden Ausrichtung der traditionellen Politikgeschichte führte. Zahlreiche Aspekte dessen, was in einem weiteren Verständnis als politisch angesehen werden muss, fielen durch dieses sehr grobmaschige Netz.[105]

Diese traditionelle Auffassung von Politik lässt sich in folgender Formel zusammenfassen: Jemand tut etwas, das für die Allgemeinheit von Relevanz ist. Dieser „jemand" ist Politiker oder eine politische Institution und dieses „etwas" ist eine politische Handlung, das heißt eine Aktion, die durch formale Kriterien (Schriftlichkeit, normativ geregelte Handlungskompetenz, Einhaltung bestimmter Verfahren, etc.) als politisch bestimmt wird. Beide Festlegungen von „jemand" und „etwas" werden in ihrem Grundsatz von einer

---

[103] Dazu jetzt grundlegend Wolfgang REINHARD, Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999.

[104] Justin STAGL, Ein Grundriß der politischen Anthropologie, in: Zeitschrift für Politik 26 (1979) 1–29, hier 1. Vgl. auch Stefan BREUER, Die Entstehung des Staates als Problem der politischen Anthropologie, in: Neue Politische Literatur 27 (1982) 5–19.

[105] Vgl. aus politikwissenschaftlicher Perspektive Karl ROHE/Andreas DÖRNER, Politikbegriffe, in: Dieter Nohlen (Hg.), Lexikon der Politik, Bd. 1: Politische Theorien, München 1995, 453–458; Ulrich v. ALEMANN, Politikbegriffe, in: Dieter Nohlen (Hg.), Lexikon der Politik, Bd. 2: Politikwissenschaftliche Methoden, München 1994, 297–301; Dieter Nohlen (Hg.), Lexikon der Politik, Bd. 7: Politische Begriffe, München 1998, 484, 487, 513 f.; Karl ROHE, Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart/Berlin/Köln 1994.

Kulturgeschichte des Politischen hinterfragt. Erstens muss „jemand" im Hinblick auf alle sozialen Gruppen als potentiell politisch Handelnde erweitert werden. Damit muss jedoch auch fraglos ein Wandel dessen einhergehen, was als politische Handlung verstanden wird. Dieses „etwas", das „jemand" tut, würde sich demnach nicht mehr auf das Entscheidungshandeln bestimmter „politisch relevanter" Personen, Gruppen und Institutionen beschränken, sondern müsste sich auf die Konstitution des Politischen als einer Struktur, die alle gesellschaftlichen Bereiche durchzieht, konzentrieren. Politische Handlungen wären demnach nicht mehr nur vergängliche Ereignisse an der Oberfläche historischer Prozesse, sondern Konstituenten in Wechselwirkung mit strukturellen Gegebenheiten. Politische Handlungen sind folglich nicht an und für sich von Belang, sondern gewinnen Bedeutung nur in einem weiteren Rahmen, nämlich insofern sich in ihnen Sinnkonzeptionen ausdrücken und insofern sie Sinn produzieren beziehungsweise reproduzieren.

In ähnlicher Weise äußerte sich bereits G.R. Elton, der in Anlehnung an Aristoteles' „zoon politikon" formulierte: „Political history is the history of politics, and politics are the activities of men in society."[106] Zwar drängte Elton mit seiner Betonung von „politics" die institutionellen und strukturellen Aspekte des Politischen an den Rand, wie er überhaupt eine recht traditionelle Auffassung von Politikgeschichte vertrat, jedoch legte er andererseits einen sehr weiten Begriff von politischem Handeln zugrunde, der jegliche Verkürzung auf bestimmte Institutionen oder Inhalte außenpolitischer Art vermied.[107] Elton betonte, dass Aristoteles mit seinem „zoon politikon" vor allem ein soziales Wesen vor Augen hatte, ein Wesen, das in der Polis lebt. In seinem Handeln auf diese Polis hin entpuppt es sich jedoch als politisches Wesen. „Insofar as men are social, they *are*; as political beings they *do*."[108]

Zur Verdeutlichung sei hinzugefügt, dass nicht jedes Handeln politisches Handeln ist, dass aber jedes Handeln zu einem politischen Handeln werden kann![109] Der Liebesschwur gegenüber einer Frau oder der Kauf einer Ein-

---

[106] GEOFFREY R. ELTON, Political history. Principles and practice, London 1970, 3.

[107] Allerdings schützt ihn dieser weite Begriff einerseits nicht davor, der politischen Geschichte den herausragenden Platz innerhalb der Geschichtswissenschaft zuzuschreiben, andererseits sie von vornherein auf die Bereiche der Militär-, Diplomatie-, Verwaltungs- und Verfassungsgeschichte zu beschränken, ELTON, Political history (wie Anm. 106) 4 f., 10 f. Vgl. auch COLLINSON, De Republica Anglorum (wie Anm. 86) 8 f.

[108] ELTON, Political history (wie Anm. 106) 3 (Hervorhebungen im Original).

[109] Vgl. Thomas LEMKE, Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, Berlin/Hamburg 1997, 60 f.; JULLIARD, La politique (wie Anm. 32) 234.

trittskarte für ein Theater sind per se sicherlich keine politischen Handlungen. Wenn sich der Liebesschwur jedoch zwischen einem König und seiner Mätresse abspielt oder die Theaterkarte für die Aufführung eines Revolutionsdramas im Paris der 1790er Jahre gekauft wurde, dann handelt es sich sehr wohl um eine politische Handlung, die das Gemeinwesen in mehr oder weniger unmittelbarer Weise betrifft. Hier zeigt sich mithin das Kulturhistorische des gesamten Ansatzes, insofern es auf die Bedeutungen ankommt, die in einem bestimmten historischen Moment einer Handlung gegeben werden.

Es muss eigentlich kaum noch darauf hingewiesen werden, dass die Struktur- und die Handlungsaspekte selbstverständlich nicht unvermittelt nebeneinander stehen, sondern sich gegenseitig im Sinne von Giddens' Strukturierung bedingen. So wie die Struktur das Handeln der Subjekte vorprägt, nehmen diese durch ihr Handeln wiederum Einfluss auf die Struktur, weshalb der prozessuale Charakter von Politik und Kultur besonders hervorzuheben ist.[110] Diese gleichberechtigte Berücksichtigung von struktur- und handlungstheoretischen Aspekten führt konsequenterweise dazu, dass es möglich sein muss, sowohl langfristige Entwicklungen[111] als auch kürzere Zeitabschnitte und Ereignisse[112] zu untersuchen. Räumlich und gesellschaftlich muss es ebenso möglich sein, sich als „Pilzesucher" wie als „Fallschirmspringer" zu betätigen,[113] da eindimensionale Perspektiven nicht mehr ausreichen.

Als wissenschaftliche Teildisziplin hat es sich die politische Anthropologie bereits seit Langem zur Aufgabe gemacht, dieses Verständnis erweiterter sozialer Grundlagen des Politischen zu untersuchen. Ausgangspunkt der politischen Anthropologie ist „die Begründung einer Wissenschaft des Poli-

---

[110] Karl ROHE, Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift 250 (1999) 321–346, hier 338 f.

[111] Fernand BRAUDEL, Geschichte und Sozialwissenschaften – die „longue durée", in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Geschichte und Soziologie, 2. Aufl., Königstein 1984, 189–215. Im Hinblick auf die Politikgeschichte argumentiert so zum Beispiel Jacques Julliard: „L'historien politique était jusqu'ici un coureur de 100 mètres. Il va lui falloir désormais s'entraîner pour le 1500, voire le 5000 mètres." JULLIARD, La politique (wie Anm. 32) 237. Vgl. auch Jacques JULLIARD, Political history in the 1980s. Reflections on its present and future, in: Theodore K. Rabb/Robert I. Rotberg (Hg.), The new history. The 1980s and beyond, Princeton 1982, 29–44, hier 35–41.

[112] Reinhard Blänkner/Bernhard Jussen (Hg.), Institutionen und Ereignis. Über historische Vorstellungen und Praktiken gesellschaftlichen Ordnens, Göttingen 1998; Andreas SUTER, Theorien und Methoden für eine Sozialgeschichte historischer Ereignisse, in: Zeitschrift für Historische Forschung 25 (1998) 209–243.

[113] Otto ULBRICHT, Mikrogeschichte: Versuch einer Vorstellung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 45 (1994) 347–367, hier 353.

tischen, die den Menschen als *homo politicus* auffaßt und die Merkmale untersucht, die allen in ihrer historischen und geographischen Vielfalt anerkannten politischen Organisationen gemeinsam sind."[114] Ihr spezifisches Anliegen ist die Beschreibung und Analyse der politischen Systeme von Gesellschaften mit geringerer Komplexität. Gerade diese ethnologische Perspektive ermöglicht ein in wesentlichen Punkten erweitertes Verständnis von Politik, da es auf die zahlreichen Elemente aufmerksam macht, die einem restringierten, auf Regierungshandeln abzielenden Politikverständnis zwangsläufig verloren gehen müssen.

Typische Gegenstände der politischen Anthropologie sind in diesem Zusammenhang die Untersuchung von Verwandtschaftsverhältnissen, Formen sozialer Schichtung, Religionen, Traditionen und protostaatlichen Formen in ihrer jeweiligen Beziehung zum Politischen.[115] In Konsequenz müsste also eine politisch-historische Anthropologie zu allererst den Blick vom Staat abwenden, um umfassendere Formen politischer Betätigung in den Blick zu bekommen – und um daraus die Entwicklung des Staates wieder erklären zu können.

In diesem Sinne sieht beispielsweise das Verständnis von politischer Geschichtsschreibung bei Maurice Agulhon oder Wolfgang Reinhard gegenüber herkömmlichen Auffassungen bedeutsame Erweiterungen vor. Agulhon richtet den Blick explizit auf untere soziale Schichten nicht nur als Adressaten, sondern ebenso als Gestalter von Politik und macht darüber hinaus auf die Bedeutung politischer Symbole und Mythen aufmerksam.[116] Reinhard unternimmt mit seinen Arbeiten zur politischen Mikrogeschichte den Versuch, Herrschaft in ihrem Funktionieren darzustellen. Bei dieser Konzentration auf die mikropolitische Dimension frühmoderner monarchischer Herrschaft, die Reinhard vor allem anhand von Klientelbeziehungen untersucht, soll die Sicht der Aufsteiger in einem Herrschaftsapparat derjenigen der politischen Spitze gegenübergestellt werden. Unter Mikropolitik wird dabei „der mehr oder weniger planmäßige Einsatz eines Netzes informeller persönlicher

---

[114] Georges BALANDIER, Politische Anthropologie, München 1976, 17.

[115] BALANDIER, Politische Anthropologie (wie Anm. 114); STAGL, Ein Grundriß (wie Anm. 104).

[116] Maurice AGULHON, Der vagabundierende Blick. Für ein neues Verständnis politischer Geschichtsschreibung, Frankfurt a.M. 1995. Vgl. auch Werner FREITAG, Heinrich II. – ein Kaiser der letzten Tage? Ein Beitrag zur politischen Anthropologie, in: Historische Anthropologie 6 (1998) 217–241.

Beziehungen zu politischen Zwecken" verstanden, „wobei die Besetzung einer Stelle und der Rang ihres Inhabers politisch in der Regel sehr viel wichtiger ist, als das, was diese Person anschließend treibt."[117] In Anlehnung an solche Ansätze politisch-historischer Anthropologie wäre es also bedeutsam, einerseits nach den Handlungen zu fragen, die auf Erhaltung oder Änderung der sozialen Ordnung zielen, sowie andererseits nach der Beschaffenheit dieser Ordnung selbst, deren zentrales Merkmal die Differenzierung und vor allem Hierarchisierung ihrer Bestandteile ist.[118]

In der bisher beschriebenen Weise die Reziprozität von Struktur und Handlung zu betonen, mag insgesamt wenig Überraschendes bieten – schließlich gehören die geschichtswissenschaftlichen „Eigentlichkeitsdiskussionen" der 1970er und 1980er Jahre, ob nun Struktur oder Handlung im historischen Prozess „eigentlich" bestimmend seien, bereits zum Gegenstand der Historiographiegeschichte –, jedoch hat dies entscheidende Auswirkungen auf den tief liegenden Essentialismus, der politikhistorischen Fragestellungen jeglicher Couleur eigen ist, sowie auf den Begriff des Politischen selbst. Denn auf der einen Seite die Pluralität von Handelnden zu betonen und auf der anderen die Produktivität des Wechselverhältnisses von Struktur und Handlung hervorzuheben, muss in der Folge die Frage nach den Entitäten nach sich ziehen, die im Rahmen der Politikgeschichte üblicherweise in den Vordergrund gerückt werden – nach dem Staat und nach dem politisch handelnden Subjekt. Diese beiden Einheiten, die als bestimmende Handlungsträger für die Politikgeschichte fast immer vorausgesetzt wurden, verlieren als Essenzen unter den referierten Voraussetzungen an Notwendigkeit. Sie werden in ihrer bisher gedachten Form als Totalitäten, von denen Politik ausgeht und auf die hin Politik abzielt, fraglich. Im Gegenzug ermöglicht es eine entsprechende Kritik jedoch, ein anderes Verständnis nicht nur dieser ontologischen Kategorien, sondern ebenso des Begriffs des Politischen zu entwickeln.

Es heißt daher zunächst, von „der Politik" und von „dem Staat" der traditionellen Politikgeschichte Abschied zu nehmen. Wenn sich das Politische durch eine Vielzahl von Akteuren und durch Struktur-Handlung-Relationen auszeichnet, existieren sie und andere wohl vertraute Kategorien nicht als

---

[117] Wolfgang REINHARD, Amici e creature. Politische Mikrogeschichte der römischen Kurie im 17. Jahrhundert, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 76 (1996) 308–334, hier 312.

[118] BALANDIER, Politische Anthropologie (wie Anm. 114) 13–15.

Wesenheiten, sondern nur als strukturelle Ergebnisse von Praktiken. Indem also politisch gehandelt wird, werden politische Strukturen hervorgebracht und wird das Politische hergestellt. Die Frage lautet demnach nicht mehr, *wer* oder *was* im politischen Terrain Produkte welcher Art auch immer erzeugt (weil sie sich nicht mehr eindeutig verorten lassen), sondern *wie* solche Produkte (von wem) hervorgebracht werden.

Dass der traditionellen Politikgeschichte ein Denken in Institutionen und Personen eigen ist, zeigt sich selbst noch in denjenigen Ansätzen, die diese Teildisziplin zu erneuern versuchten. Dort sind es immer noch „der Staat", „die Nation" und „der Politiker", die als bestimmende Faktoren die Bühne betreten und bei denen sich „die Politik" verorten lässt. Zuweilen wurde „die Gesellschaft" gegenüber „der Politik" betont oder „die Innenpolitik" gegenüber „der Außenpolitik" hervorgehoben, was jedoch in der wissenschaftshistorischen Rückschau nur als mehr oder minder hilfloser Versuch gewertet werden kann, einen vermeintlich bestimmenden Faktor durch einen anderen zu ersetzen, wodurch insgesamt jedoch wenig an den Grundsätzen geändert wurde, die politikgeschichtliche Fragestellungen leiteten.

Diese Grundsätze lassen sich als das topographische Denken der Politikgeschichte umschreiben. Demnach ist Politik vor allem etwas, das an einem bestimmten Ort stattfindet und von bestimmten Personen ausgeführt wird, und das aufgrund dieser Fixierbarkeit einen abgeschlossenen Charakter besitzt.[119] Demgegenüber machen es die referierten Voraussetzungen unumgänglich, den offenen Charakter des Politischen zu betonen. Wenn sich das Politische nicht mehr eindeutig personell, institutionell oder lokal bestimmen lässt, ist es konsequenterweise allgegenwärtig, kontingent und nicht fixiert.[120] Das Politische abschließend bestimmen zu wollen, würde bedeuten, die Möglichkeiten politischer Teilhabe und Äußerungen zu begrenzen – und das wäre das Ende des Politischen schlechthin. Daher ist es aufgrund der Pluralität politischer Artikulationsmöglichkeiten geboten, die Offenheit des Politischen zu unterstreichen. Des weiteren spricht für eine solche Auffassung vom Politischen – aber auch vom Sozialen – ein logischer Grund. Versucht man den Bereich des Politischen eindeutig abzugrenzen und zu definieren, würde dies

---

[119] Laclau/Mouffe sprechen hier vom „genähten" – i.e. abgeschlossenen – Raum des Sozialen und Politischen, betonen aber, dass eben eine solche Naht unmöglich ist. Ernesto LACLAU/Chantal MOUFFE, Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, 2. Aufl., Wien 2000, 246 f., Anm. 1.

[120] LACLAU/MOUFFE, Hegemonie (wie Anm. 119) 130, 148 f., 224 f.

eine benennbare Grenze voraussetzen (wie sie ja auch evoziert wird durch Ausdrücke wie „in der Politik geschieht dies oder jenes ...", „die Politiker sagen ..." oder „der Staat sollte etwas tun ...", in denen vermeintlich abgegrenzte Einheiten benannt werden). Eine solche Grenze würde jedoch voraussetzen, dass es ein Jenseits dieser Grenze gibt. Aber diese andere Seite ist weder im Fall des Politischen noch im Fall des Sozialen zu benennen.[121] Dies bedeutet nun nicht, dass alles ausnahmslos politisch ist, aber dass das Politische überall ist.

Was aber ist das Politische, wenn es sich nicht ursächlich mit Personen oder Institutionen in Verbindung bringen lässt? Die Antwort muss lauten, dass das Politische die symbolische Ordnung ist, der der Charakter zugeschrieben wird – oder kulturhistorisch gesprochen: der Sinn verliehen wird –, politisch zu sein.[122] Damit ist man jedoch auf die Frage verwiesen, welche Bedeutung das Politische im Zusammenhang einer entsprechenden Kulturgeschichte haben kann. Hier kann die Antwort auf die ältesten politischen Theorien verweisen, die das Abendland kennt, insofern das Politische die Einrichtung des Sozialen und die Produktion, Reproduktion und Transformation sozialer Verhältnisse betrifft.[123] Um zu betonen, dass es sich hierbei um die Definition und Artikulation sozialer Beziehungen auf einem von Antagonismen durchzogenen Feld handelt,[124] wird auch vom „Politischen" die Rede sein und nicht von der „politischen Kultur"[125] oder von „der Politik", um den Eindruck einer hermetischen Totalität zu vermeiden und einer voreiligen Identifizierung von Politik mit Parteien, Parlament, Programmen oder Politi-

---

[121] LACLAU/MOUFFE, Hegemonie (wie Anm. 119) 166 f. Vgl. auch Ludwig WITTGENSTEIN, Tractatus logico-philosophicus, in: Ludwig Wittgenstein, Werkausgabe, Bd. 1, 12. Aufl., Frankfurt a.M. 1999, 7–85, hier 5.61.

[122] Eine beispielhafte historisch-empirische Untersuchung ist in diesem Zusammenhang Lynn HUNT, Politics, culture, and class in the French Revolution, Berkeley/Los Angeles 1984.

[123] In diesem Sinne würde ich beispielsweise Aristoteles' „zoon politikon" verstehen wollen als das ordnungschaffende Lebewesen. Olof Gigon hat es übersetzt als „staatenbildendes Wesen", was im vorliegenden Zusammenhang jedoch wieder zu voreilig auf die Fährte des Staates führen würde. ARISTOTELES, Politik, übers. v. Olof Gigon, 8. Aufl., München 1998, 49.

[124] LACLAU/MOUFFE, Hegemonie (wie Anm.119) 193.

[125] Eine Auseinandersetzung mit dem scheinbar naheliegenden Konzept der politischen Kultur kann an dieser Stelle nicht erfolgen, da dies eine eigene Abhandlung erfordern würde.

kern entgegenzuwirken.[126] In einem parallelen Sinn soll beispielsweise der Ausdruck „das Soziale" verhindern, die Vorstellung einer „Gesellschaft" als abgrenzbare, wohl definierte Einheit zu evozieren.[127]

Als symbolische Ordnung wird das Politische durch Diskurse konstituiert, also durch regelmäßige, strukturierte und sich in einem systematischen Zusammenhang bewegende Praktiken und Redeweisen, die einen gewissen Grad der Institutionalisierung erreicht haben und benennbaren Formationsregeln unterliegen.[128] Der Diskurs lässt sich als die Differenz bezeichnen zwischen dem, was jemand zu einer bestimmten Zeit nach den Regeln der Grammatik und Logik korrekterweise sagen konnte, und dem, was tatsächlich gesagt worden ist.[129] Hierin erweisen sich zugleich die Bedeutung und die Produktivität des Diskurses, denn nur indem man nicht allzuweit von den Handlungsmöglichkeiten abweicht, die durch den Diskurs (und nicht durch die Grammatik) vorgegeben werden, befindet man sich „im Wahren". Daher ist es die herausragende Qualität des Diskurses, Wirklichkeit, Wahrheit und Wissen zu produzieren, und zwar immer insofern es sich für bestimmte Gesellschaften um (kulturhistorisch gesprochen) bedeutungshaltige und sinngesättigte Wirklichkeit handelt.[130]

---

[126] Zur Bestimmung des Politischen als alles das Gemeinwesen betreffende vgl. Heinrich BUßHOFF, Komplementarität und Politik. Zu einer interdisziplinär orientierten Begründung des Politischen und der Politischen Wissenschaft, Würzburg 1990, 68–90; Thomas MEYER, Die Transformation des Politischen, Frankfurt a.M. 1994, 7. Vgl. auch Ulrich BECK, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt a.M. 1993, 17 f. Andere Begriffe des Politischen verstehen darunter die Unterscheidung von Freund und Feind (Carl SCHMITT, Der Begriff des Politischen, Berlin 1963) oder den Frieden (Dolf STERNBERGER, Begriff des Politischen, in: Dolf Sternberger, Schriften, Bd. 4: Staatsfreundschaft, Frankfurt a.M. 1980, 293–320, hier 304). Zur Entwicklung des Politikbegriffs SELLIN, Politik (wie Anm. 39.)

[127] Ähnlich äußerte sich Michael Mann: „It may seem an odd position for a sociologist to adopt; but if I could, I would abolish the concept of ‚society' altogether." Michael MANN, The sources of social power, Bd. 1: A history of power from the beginning to A.D. 1760, Cambridge 1986, 2. Vgl. auch Nikolas ROSE, Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a.M. 2000, 72–109, hier 74–78.

[128] Zu dem hier zugrunde gelegten Diskursbegriff vgl. Achim LANDWEHR, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse, Tübingen 2001.

[129] Michel FOUCAULT, Politics and the study of discourse, in: Graham Burchell/Colin Gordon/Peter Miller (Hg.), The Foucault effect. Studies in governmentality, London u.a. 1991, 63. Ähnlich auch BOURDIEU, Sozialer Sinn (wie Anm. 27) 69.

[130] Eine ähnliche Bestimmung der Kategorie des Diskurses für die Kulturgeschichte bei SARASIN, Subjekte, Diskurse, Körper (wie Anm. 6).

Bezogen auf das offene Feld des Politischen bedeutet dies, dass die Pluralität von politisch Handelnden durch Praktiken der unterschiedlichsten Art gewisse Knotenpunkte etabliert, in denen Bedeutung partiell (aber nie endgültig) festgelegt werden kann.[131] Sämtliche Praktiken, Kommunikationen, Rituale, Symbole, Aussagen etc., die sich in der einen oder anderen Weise auf die Fragen der Einrichtung des Sozialen beziehen, sind Teil entsprechender Diskurse und konstituieren damit das Politische. In diesen Diskursen werden Relationen zwischen verschiedenen Einheiten hergestellt, werden Differenzen und Abgrenzungen etabliert und wird versucht festzulegen, welchen Praktiken und strukturellen Verdichtungen die Qualität der Wahrheit und Wirklichkeit zuerkannt wird. Diskurse etablieren mit anderen Worten die Ordnungen, die schließlich als politisch (oder auch explizit als nicht-politisch) wahrgenommen werden. In diesem Zusammenhang zeigt sich nochmals die Bedeutung der Reziprozität von Struktur und Handlung, insofern sich Praktiken immer auf die labilen und niemals abgeschlossenen Strukturen beziehen, zugleich aber von diesen Strukturen ermöglicht und beeinflusst werden.

Welche Effekte die benannten Diskurse haben können, zeigt bereits der Begriff des Staates an, bei dem es sich um nichts weniger als die äußerst erfolgreiche Etablierung eines solchen Diskurses handelt.[132] Ihn als vermeintlich feststehende Totalität zu begreifen, bedeutet, die keineswegs triviale Beobachtung zu übersehen, dass es sich beim Staat weder um eine materiell noch visuell noch auf andere Art und Weise „greifbare" Einheit handelt. Er existiert nur, indem über ihn gesprochen wird. Und doch wird er behandelt als existiere er in Form einer Wesenheit. Aufgabe einer Kulturgeschichte des Politischen wäre es demnach unter anderem, die Konstruktion eines solchen Staats-Effektes zu analysieren, wie es beispielsweise Michel Foucault formuliert hat: „Wann und wie wurde die Projektion des Staates begonnen, in diese konstante Praxis der Leute geplant? Das Eingehen des Staates in Denken und Praxis der Menschen muß untersucht werden, das Auftauchen des Staates als grundlegender strategischer Einsatz. Machen diejenigen, die vom Staat sprechen, nicht etwas anderes als eine Ontologie des Staates? Und wenn der Staat nur eine Mach-Art wäre? Der Staat in der Geschichte ist

---

[131] LACLAU/MOUFFE, Hegemonie (wie Anm. 119) 150.

[132] Dazu jetzt REINHARD, Geschichte der Staatsgewalt (wie Anm. 3); Wolfgang REINHARD, „Staat machen". Verfassungsgeschichte als Kulturgeschichte, in: Jahrbuch des Historischen Kollegs 1998, 99–118.

nicht dieses kalte Monstrum, das sich über eine bürgerliche Gesellschaft entwickelt hat. Gezeigt müßte aber werden, wie eine bürgerliche Gesellschaft so etwas Zerbrechliches, wie der Staat es ist, eingerichtet hat. Der Staat ist eine plötzliche Wende des Regierungsdenkens."[133]

Ein anderes illustrierendes Beispiel stammt von Pierre Bourdieu, der in Bezug auf Personen, die gemeinhin als „Politiker" bezeichnet werden, den diskursiv fundierten Vorgang der „legitimen Hochstapelei" verdeutlicht: „Ein Präsident der Republik ist jemand, der sich für den Präsidenten der Republik hält, aber im Unterschied zu dem Irren, der sich für Napoleon hält, als jemand anerkannt wird, der hierzu auch berechtigt ist."[134] In eben diesem Sinne ist davon auszugehen, dass Diskurse die symbolischen Ordnungen konstituieren, die hier das Politische genannt werden.

Um jedoch einem immer wieder auftauchenden Missverständnis vorzubeugen, muss auf folgenden Umstand aufmerksam gemacht werden. Den Staat oder den Präsidenten als Ergebnisse von Diskursen zu bestimmen, hat nichts damit zu tun, diese Einheiten der Wirklichkeit zu entziehen und einem wie auch immer gearteten Fiktionalismus zu huldigen. Ein solches Verständnis würde an dem hier zugrunde gelegten Diskursbegriff gänzlich vorbeigehen. „Die Tatsache, daß jedes Objekt als Objekt des Diskurses konstituiert ist, hat *überhaupt nichts zu tun* mit dem Gegensatz von Realismus und Idealismus oder damit, ob es eine Welt außerhalb unseres Denkens gibt. Ein Erdbeben oder der Fall eines Ziegelsteins sind Ereignisse, die zweifellos in dem Sinne existieren, daß sie hier und jetzt unabhängig von meinem Willen stattfinden. Ob aber ihre gegenständliche Spezifik in der Form von ‚natürlichen Phänomenen' oder als ‚Zornesäußerung Gottes' konstruiert wird, hängt von der Strukturierung des diskursiven Feldes ab. Nicht die Existenz von Gegenständen außerhalb unseres Denkens wird bestritten, sondern die ganz andere Behauptung, daß sie sich außerhalb jeder diskursiven Bedingung des Auftauchens als Gegenstände konstituieren könnten."[135]

Hinter einem solchen Missverständnis steht die Annahme, bei Diskursen handele es sich um rein geistige oder ideelle Phänomene, gewissermaßen um zweite Naturen, die dem Realen und der vermeintlichen Buchstäblichkeit nur

---

[133] Michel FOUCAULT, Der Staub und die Wolke, 2. Aufl., Grafenau 1993, 30. Vgl. auch George STEINMETZ, Introduction: culture and the state, in: George Steinmetz (Hg.), State/Culture. State-formation after the cultural turn, Ithaca/London 1999, 1–49.

[134] Pierre BOURDIEU, Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt a.M. 1998, 114.

[135] LACLAU/MOUFFE, Hegemonie (wie Anm. 119) 144 f. (Hervorhebung im Original).

nachträglich übergestülpt würden. Demgegenüber gilt es jedoch zu betonen, dass Diskurse einen sowohl materiellen als auch produktiven Charakter besitzen. Denn auch wenn man „den Staat" nicht zeigen kann, so kann man doch auf Gebäude oder Personen verweisen, die mit dem Staat in Verbindung gebracht werden. Auch wenn der Präsident das Ergebnis diskursiver Konstruktionen ist, materialisiert er sich doch unvermeidlich in einer bestimmten Person, die allgemein als Präsident anerkannt wird. Schließlich sind „Staaten" und „Präsidenten" schon deshalb wirklich, weil sie sehr reale Wirkungen zeitigen, weil sie Kriege erklären oder Todesstrafen verhängen können. Aber diese Handlungsmacht kommt ihnen allein aufgrund diskursiver Zuschreibungen zu und nicht wegen irgendeiner Wesenhaftigkeit, die ihnen möglicherweise per se eigen wäre.[136] Insofern ist das Materielle schon immer Bestandteil des Diskurses. Um diesen Materialien jedoch die entsprechende Bedeutung zukommen zu lassen, bedarf es des Diskurses, der mittels seiner Produktivität entsprechende Effekte zu erzeugen vermag.

Doch es geht hier nicht primär darum, Aussagen über die Wirklichkeit zu treffen, sondern um die Voraussetzungen für eine Analyse dieser Wirklichkeit. Und auf der analytischen Ebene darf keinesfalls übersehen werden, dass Staaten und Präsidenten diskursiv und relational sind. Mit anderen Worten: Zur Diskussion steht hier also nicht, *dass* es den Staat gibt – denn das ist nicht zu bezweifeln –, sondern *wie* es ihn gibt. Kommt man hier zu dem Ergebnis, dass er nur diskursiv existiert, ist damit zugleich der Punkt benannt, an dem die Analyse einer Kulturgeschichte des Politischen einsetzen muss, nämlich bei diesen Diskursen und ihrer Produktivität.

Wenn es der Diskurs ist, der Wirklichkeit definiert, dann grenzt sich eine Kulturgeschichte des Politischen im Grundsatz von Ansätzen der Gesellschaftsgeschichte und erst recht von denjenigen der traditionellen Politikgeschichte dadurch ab, dass sie einen konstruktivistischen Ansatz verfolgt. Was die Untersuchung des Politischen angeht, interessiert dieser Gegenstand nicht mehr in seinem So-Sein, sondern in seinem So-Gemacht-Sein.

Auf die sehr konkrete Produktivität von Diskursen gerade im Bereich des Politischen hat Pierre Bourdieu immer wieder mit Nachdruck aufmerksam gemacht. Er vertritt die These, dass es in politischen Auseinandersetzungen im Kern um Wahrnehmungsweisen und um die Durchsetzung der legitimen

---

[136] Die Geschichte von „der Kaisers neuen Kleidern" ist eine Möglichkeit, um Form und Bedeutung dieser Diskursivität zu beleuchten.

Definition von Wirklichkeit geht.[137] „Denn Erkenntnis von sozialer Welt und, genauer, die sie ermöglichenden Kategorien: darum geht es letztlich im politischen Kampf, einem untrennbar theoretisch und praktisch geführten Kampf um die Macht zum Erhalt oder zur Veränderung der herrschenden sozialen Welt durch Erhalt oder Veränderung der herrschenden Kategorien zur Wahrnehmung dieser Welt."[138] Dies konkretisiert sich in der gleichsam magischen Macht der Benennung, die ein zentrales Element politischer Verfügungsgewalt und politischer Diskurse darstellt. Damit ist der Umstand bezeichnet, Dinge überhaupt erst zum Entstehen zu bringen, indem man sie mit einem Namen belegt.[139]

Gerade anhand der Benennung zeigt sich sowohl die Konstruktivität als auch Produktivität und Materialität von Diskursen im Bereich des Politischen. Bei einem Ausdruck wie „Familie" als Objekt vielfältiger politischer Aktivität handelt es sich nicht um eine fixierte Essenz, sondern um eine Kategorie, um ein kollektives Konstruktionsprinzip der kollektiven Realität, das einem historischen Wandel unterliegt. Dies heißt aber keineswegs, wie sich problemlos aufgrund eigener Erfahrungen nachvollziehen lässt, dass es sich bei „Familie" um eine Fiktion oder eine Idee ohne Bezug zur Realität handeln würde. Man kann also, „ohne sich zu widersprechen, sowohl sagen, die sozialen Realitäten seien soziale Fiktionen ohne andere Grundlage als die soziale Konstruktion, wie auch daß sie real existieren, nämlich insoweit, als sie kollektiv anerkannt sind."[140] Die Tatsache, dass „Familie" nicht mehr als sozial konstruierte Kategorie, sondern als sprachliche Abbildung der Realität wahrgenommen wird, liegt an der allgemeinen Akzeptanz dieses Begriffs und dokumentiert nur zu deutlich den Erfolg und die Relevanz entsprechender Diskurse.

Das Politische ist ein besonders wichtiges Feld zur Produktion solcher Denkkategorien. Erfolgreichen politischen Akteuren und Einrichtungen wie

---

[137] BOURDIEU, Sozialer Sinn (wie Anm. 27) 258; Pierre BOURDIEU, Soziologische Fragen, Frankfurt a.M. 1993, 83–90; Pierre BOURDIEU, Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches, Wien 1990, 104–113.

[138] Pierre BOURDIEU, Sozialer Raum und ‚Klassen'. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen, 3. Aufl., Frankfurt a.M. 1995, 18 f.

[139] BOURDIEU, Was heißt sprechen? (wie Anm. 137) 16 f. Illustrierende Beispiele für die Bedeutung von Benennungen im Rahmen der europäischen Expansion finden sich bei Stephen GREENBLATT, Wunderbare Besitztümer. Die Erfindung des Fremden: Reisende und Entdecker, Berlin 1998, 87–101, 128–132, 157–160.

[140] BOURDIEU, Praktische Vernunft (wie Anm. 134) 128.

dem Staat gelingt es daher nicht nur, das Monopol über die physische Gewalt in ihre Hände zu bringen, sondern auch das Monopol über die symbolische Gewalt.[141] Im Rahmen entsprechender Diskurse sind es vor allem Differenzierungen, Kategorisierungen und Grenzziehungen, die eine tragende Rolle spielen. Denn eine Sache kann nur entstehen und als existent wahrgenommen werden, wenn sie von etwas anderem unterschieden wird. Durch Einübung und Wiederholung kann es Diskursen gelingen, solche Gliederungen der Welt, die immer soziale Hervorbringungen sind,[142] als natürlich darzustellen.[143] Die Schlussfolgerung muss daher lauten: „Politik ist der Ort schlechthin symbolischen Wirkens: jenes Handeln, das mittels Zeichen sich vollzieht, die soziale Dinge und zumal Gruppen zu erzeugen vermögen."[144]

Bourdieus Hinweise zu einer Neuformulierung des Politischen unter kulturhistorischen Gesichtspunkten rücken auch den Begriff der Macht in den Vordergrund, in dem Le Goff ja den Kern einer überhaupt noch möglichen politischen Geschichte entdeckte.[145] Mit der Macht ist eine Kategorie benannt, deren nähere inhaltliche Bestimmung kaum weniger Schwierigkeiten bereitet als diejenige des Politischen.[146] Die Schwierigkeit des Machtbegriffs besteht zum einen darin, dass er sehr häufig verwendet, jedoch in den eher selteneren Fällen erläutert wird; zum anderen ist das Alltagsverständnis von Macht nicht unbedingt dazu angetan, die inhaltliche Füllung einer wissenschaftlichen Kategorie zu fördern, denn im alltäglichen Gebrauch wird Macht gemeinhin als etwas Negatives verstanden, das sich in Worten wie Machtmensch, Machthunger, Machtbesessenheit oder Machtergreifung manifestiert.[147]

---

[141] Pierre BOURDIEU, Politisches Feld und symbolische Macht, in: Berliner Journal für Soziologie 1 (1991) 483–488; Pierre BOURDIEU, Über die symbolische Macht, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 8 (1997) 556–564; Gerhard GÖHLER/Rudolf SPETH, Symbolische Macht. Zur institutionentheoretischen Bedeutung von Pierre Bourdieu, in: Reinhard Blänkner/Bernhard Jussen (Hg.), Institutionen und Ereignis. Über historische Vorstellungen und Praktiken gesellschaftlichen Ordnens, Göttingen 1998, 17–48.

[142] Emile DURKHEIM/Marcel MAUSS, Über einige primitive Formen von Klassifikation. Ein Beitrag zur Erforschung der kollektiven Vorstellungen, in: Emile Durkheim, Schriften zur Soziologie der Erkenntnis, Frankfurt a.M. 1987, 169–256.

[143] BOURDIEU, Was heißt sprechen? (wie Anm. 137) 90.

[144] BOURDIEU, Sozialer Raum (wie Anm. 138) 39.

[145] Ähnlich auch ELTON, Political history (wie Anm. 106) 4.

[146] Instruktive Ausführungen bei Heinrich POPITZ, Phänomene der Macht, 2. Aufl., Tübingen 1992.

[147] Peter IMBUSCH, Macht und Herrschaft in der Diskussion, in: Peter Imbusch (Hg.), Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien, Opladen 1998, 9–26, hier 9.

Da Macht jedoch ein Merkmal aller Gesellschaften ist, fordert sie unweigerlich zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung heraus. In einer ersten Eingrenzung lässt sich Macht als Asymmetrie in sozialen Beziehungen begreifen. Macht offenbart dabei einen grundsätzlichen Doppelcharakter. Einerseits ist sie Zwangs- und Gewaltanwendung, birgt also potentiell die Möglichkeit eines tödlichen Risikos in sich, falls sie ihre eigenen Grenzen überschreitet. Dies ist die negative oder auch zerstörerische Seite der Macht. Andererseits beinhaltet Macht jedoch auch positive und produktive Aspekte, insofern sie als notwendig erachtet wird, um eine soziale Ordnung aufrecht zu erhalten.[148] Verfehlt wäre es in jedem Fall, Macht allein als Mittel der Unterdrückung zu begreifen, einzig als Waffe in der Hand einiger Mächtiger, mit der die Machtunterworfenen geknechtet werden. Vielmehr muss das bereits benannte komplexe Verhältnis verschiedener politischer und sozialer Gruppen berücksichtigt werden, das simplifizierende Vorstellungen binärer Unterwerfungsverhältnisse ausschließt.[149] Herrschen ist vom Mit-Herrschen der Beherrschten abhängig. Dieses Charakteristikum der gleichzeitigen Akzeptanz und Anfechtung von Macht zeichnet ihren Doppelcharakter aus. Die Macht „wird gleichzeitig (als Garant von Ordnung und Sicherheit) akzeptiert, (wegen ihrer sakralen Inhalte) verehrt und (weil sie die Ungleichheit rechtfertigt und aufrecht erhält) angefochten."[150]

Mit dieser Ablehnung binärer Schemata ist bereits auf ein weiteres zentrales Merkmal des Machtbegriffs im Rahmen einer Kulturgeschichte des Politischen hingewiesen. Macht zeichnet sich nicht dadurch aus, dass einige Macht besitzen und andere Macht erleiden. Macht ist vielmehr eine Eigenschaft sozialer Beziehungen, etwas, das nur in Verhältnissen zwischen Menschen existiert, nicht jedoch permanent und unveränderlich mit einer bestimmten Institution verbunden ist. Macht ist sowohl auf der Struktur- wie auf der Handlungsebene also nicht von vornherein fixiert – Macht fließt. Dadurch erweist sich Macht als ein amorphes und diffuses soziales Phänomen, das die gesamte Gesellschaft durchzieht, von dem alle betroffen sind und an dem auch alle in unterschiedlicher Weise teilhaben. „Macht wird dabei nicht als Besitz, als strukturelle Ungleichverteilung von Ressourcen und

---

[148] BALANDIER, Politische Anthropologie (wie Anm. 114) 51 f.; Michel FOUCAULT, Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, 6. Aufl., Frankfurt a.M. 1992, 19 f.

[149] Dazu Achim LANDWEHR, Policey im Alltag. Die Implementation frühneuzeitlicher Policeyordnungen in Leonberg, Frankfurt a.M. 2000, 17–38, 322–329.

[150] BALANDIER, Politische Anthropologie (wie Anm. 114) 54.

Machtmitteln aufgefaßt, sondern als ein dynamisches reziprokes Geschehen, eine soziale Beziehung zwischen mindestens zwei Akteuren, in der einer dem anderen seinen Willen aufprägt und auch gegen Widerstreben durchzusetzen vermag. Macht ist mithin nicht etwas, was jemand ‚hat', sondern etwas, das er ausübt."[151] Oder um nochmals Foucault zu zitieren: „Macht ist nicht eine Institution, ist nicht eine Struktur, ist nicht eine Mächtigkeit einiger Mächtiger. Die Macht ist der Name, den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt."[152] Macht soll hier also weniger als alles erklärendes Deutungsmuster verstanden werden, sondern als eine Kategorie der Analyse.[153]

Vor diesem Hintergrund lassen sich politische Beziehungen unabhängig von formalen Kriterien für die Zwecke einer Kulturgeschichte des Politischen auch definieren als Beziehungen, durch welche Personen und Gruppen Macht ausüben, mit dem Ziel der Erhaltung sozialer Ordnung.[154] Macht spielt hier – wie eigentlich kaum noch hervorgehoben werden muss – bei der Etablierung von Diskursen, der Festigung von Bedeutungen und bei der Definition von Wirklichkeit eine entscheidende Rolle. In Umkehrung ist davon auszugehen, dass die Möglichkeit, bedeutungshaltige Knotenpunkte im diskursiven Geflecht (zumindest zeitweise) zu fixieren, erhebliche Machtsteigerungen nach sich zieht. Macht ist das entscheidende Movens, um im Politischen die Etablierung wirklichkeitskonstituierender Diskurse anzustreben, denn was ist im „Willen zur Wahrheit, im Willen, den wahren Diskurs zu sagen, am Werk – wenn nicht das Begehren und die Macht?"[155]

Diskurs und Macht sind also insofern untrennbar miteinander verwoben, als es zwar durchaus möglich ist, „die Wahrheit" zu sagen, man sich aber nur

---

[151] Rainer PARIS, Stachel und Speer. Machtstudien, Frankfurt a.M. 1998, 7.

[152] FOUCAULT, Der Wille zum Wissen (wie Anm. 148) 114. Vgl. auch Michael MASET, Zur Relevanz von Michel Foucaults Machtanalyse für kriminalitätshistorische Forschungen, in: Gerd Schwerhoff/Andreas Blauert (Hg.), Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne, Konstanz 2000, 233–241; ELEY, Wie denken wir über Politik? (wie Anm. 97) 20–22.

[153] Andrea SEIER, Kategorien der Entzifferung: Macht und Diskurs als Analyseraster, in: Hannelore Bublitz u.a. (Hg.), Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt a.M./New York 1999, 75–86, hier 84.

[154] BALANDIER, Politische Anthropologie (wie Anm. 114) 55.

[155] FOUCAULT, Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt a.M. 1991, 17. Vgl. auch FOUCAULT, Politics (wie Anm. 129), 67.

„im Wahren" befindet, wenn man sich den Regeln des Diskurses unterwirft. Dadurch wird die Produktion des Diskurses von einer disziplinierenden Kontrolle bestimmt, in der die Regeln des Diskurses permanent aktualisiert werden.[156] Außerhalb dieser Regeln ist es kaum möglich, gehört zu werden. Diskurse definieren also Wahrheit und üben somit gesellschaftliche Macht aus. Jedoch ist auch diese Definitionsmacht von Diskursen niemals final und abgeschlossen, sondern bleibt immer umstritten und umkämpft.[157]

Ein Diskurs kann im Politischen dann als besonders erfolgreich gelten, wenn es ihm nicht nur gelingt, konkurrierende und alternative Diskurse auszuschalten, sondern wenn er sich gewissermaßen naturalisiert hat, wenn er einen derartigen Festigungsgrad erreicht hat, dass er nicht mehr als diskursives Produkt wahrgenommen wird. Das bereits erwähnte Beispiel des Staates kann als ein solch erfolgreicher Diskurs gelten, da man weiß, dass „der Staat" existiert, ihn beinahe zu sehen vermeint, wenn man von ihm spricht. In diesem Zusammenhang lässt sich nach Diskurs und Macht schließlich noch vom Wissen als einer letzten wichtigen Kategorie einer Kulturgeschichte des Politischen sprechen.[158]

Wenn sich das Politische auf die Einrichtung des Sozialen bezieht und die Diskurse, in denen diese Einrichtung bewerkstelligt wird, von Machtverhältnissen durchzogen sind, dann ergibt sich daraus zwangsläufig, dass Fragen, die das Politische betreffen, immer umkämpft sind. Das Wissen von sich, von den anderen, von der Ordnung insgemein, ist immer mit der Frage der Macht über dieses Wissen verbunden. Die Kulturgeschichte des Politischen konzentriert sich also auf die Bedeutungen, Ordnungsformen und Interpretationen, die Gesellschaften sich selbst und anderen zuschreiben, auf das Wissen, das Gesellschaften von sich und anderen haben, sowie auf die Praktiken und Prozesse, durch die dieses Wissen zustande kommt und in denen um dieses

---

[156] FOUCAULT, Die Ordnung des Diskurses (wie Anm. 155) 25.

[157] Hannelore BUBLITZ, Diskursanalyse als Gesellschafts-‚Theorie'. „Diagnostik" historischer Praktiken am Beispiel der ‚Kulturkrisen'-Semantik und der Geschlechterordnung um die Jahrhundertwende, in: Hannelore Bublitz u.a. (Hg.), Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt a.M./New York 1999, 22–48, hier 25.

[158] Vgl. Otto Gerhard OEXLE, Die ‚Wirklichkeit' und das ‚Wissen'. Ein Blick auf das sozialgeschichtliche Oeuvre von George Duby, in: Historische Zeitschrift 232 (1981) 61–91; Otto Gerhard OEXLE, Deutungsschemata der sozialen Wirklichkeit im frühen und hohen Mittelalter. Ein Beitrag zur Geschichte des Wissens, in: Frantisek Graus (Hg.), Mentalitäten im Mittelalter. Methodische und inhaltliche Probleme, Sigmaringen 1987, 65–117.

Wissen handelnd gerungen wird.[159] Vor diesem Hintergrund rücken als Inhalte einer Kulturgeschichte des Politischen nicht nur politische Institutionen oder politische Theorien in den Mittelpunkt, sondern weitere soziale Ordnungsvorstellungen, die sich auf Raum, Zeit, Geschichte, Gedächtnis, Symbolsysteme, Weltbilder, Wissenschaft, Wirtschaft etc. beziehen.

Doch was soll unter Wissen in dem hier benannten Sinn verstanden werden? Wissen ist zunächst einmal untrennbar mit dem Begriff der Wirklichkeit verknüpft, insofern sich Wissen immer auf Wirklichkeit bezieht. Man könnte Wissen also in einem ersten Schritt als die Gewissheit bezeichnen, dass Phänomene der Wirklichkeit bestimmte Eigenschaften besitzen. Als Wirklichkeit müssten dann die sozial produzierten objektiven Ordnungen und Diskurse gefasst werden,[160] die ungeachtet unseres Wollens existieren – oder besser: zu existieren scheinen – und auf die hin unser Wissen organisiert ist.

Geht man von der Wirklichkeit als einem gesellschaftlich und diskursiv hervorgebrachten Produkt aus – also als Ergebnis aktiven „Wirkens" im Gegensatz zur gegenständlich-passiven Realität und ihren dinglichen „res"[161] –, ist die Schlussfolgerung zwingend, dass Wirklichkeit in verschiedenen sozialen und historischen Zusammenhängen in zahlreichen Varianten existiert. Von „der Wirklichkeit" zu sprechen stellt daher ebenso eine Verkürzung dar wie die Bezeichnung „des (einen) Wissens". Akzeptiert man im Gegenteil die Hypothese, dass sich weder Wirklichkeit noch Wissen von den gesellschaftlichen Kontexten trennen lassen, in denen sie hervorgebracht werden, muss man, worauf indirekt bereits Max Weber verwiesen hat,[162] von einem Plural der Wirklichkeiten und der Wissensformen ausgehen.

Um *die* Wissen als Gegenstand für eine Kulturgeschichte des Politischen nutzbar zu machen, wäre es daher kaum weiterführend, inhaltliche oder qualitative Eingrenzungen vorzunehmen. Dies würde nur zu wenig fruchtbaren Versuchen führen, wahres Wissen von falschem zu trennen oder Wissen von Meinung und Glaube zu separieren. Im Kontext einer Kulturgeschichte des Politischen ist Wissen vielmehr sozialfunktional zu bestimmen. Wissen wird

---

[159] Das hier zugrunde gelegte Verständnis von Wissen im Politischen meint etwas offensichtlich anderes als Mannheims Verständnis von politischem Wissen, der darunter die Möglichkeiten einer Politik als Wissenschaft subsumiert, Karl MANNHEIM, Ideologie und Utopie, 5. Aufl., Frankfurt a.M. 1969, 95–167.

[160] Peter BERGER/Thomas LUCKMANN, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt a.M. 1980.

[161] Manfred FASSLER, Was ist Kommunikation?, München 1997, 71.

[162] WEBER, Die „Objektivität" (wie Anm. 7) 181 f.

demnach nicht als ideelle Einheit konzeptualisiert, die unabhängig von Zeit, Raum und Gesellschaft existiert, und zu der man aufgrund welcher „höherer Weihen" auch immer gelangen könnte, sondern als soziales Produkt, das für Gesellschaften zentrale Orientierungsfunktionen übernimmt. Wissen ist demnach all das, was für sich selbst den Wissensstatus reklamiert und auch reklamieren kann.[163]

Wissen lässt sich daher als ein Ensemble von Diskursen begreifen, das mit Bedeutung gefüllt ist und in gewissen gesellschaftlichen Zusammenhängen als gültig und real anerkannt wird.[164] Dementsprechend kann es „die Wirklichkeit" für eine bestimmte soziale Einheit nicht geben, solange sie kein Wissen besitzt, das ihr von dieser Wirklichkeit berichtet. „Human beings don't just look and see. Things are not just there. How we see, what we see, and what we make of what we see are shaped by the elements of our mental maps."[165] Der Bogen, der dadurch zu den Ausführungen über die diskursive Produktion des Politischen und die Herstellung von Wahrnehmungsweisen der Wirklichkeit geschlagen wird, ist offensichtlich.

Derart verstandene Wissensformen haben weniger etwas mit letztgültigen Wahrheiten zu tun, sondern zeichnen sich vielmehr dadurch aus, dass sie für eine soziale Ordnung Integrationsfähigkeit besitzen, eine sinnhafte Auffassung von Realität bereit stellen, Identitäten von Personen und Gruppen entwickeln und bewahren sowie schließlich Herrschaft und Autorität legitimieren.[166]

Die Fragestellungen, die sich hierdurch für eine Kulturgeschichte des Politischen ergeben, können auf folgenden Nenner gebracht werden: In welcher Weise und mit welchen Ergebnissen sind Diskurse und eine Pluralität von Akteuren durch strukturiert-strukturierende Praktiken daran beteiligt, das Politische – verstanden als die Einrichtung des Sozialen – herzustellen? Wie drücken sich in diesen Praktiken und Diskursen die Machtverhältnisse aus, die sämtliche soziale Beziehungen durchqueren? Wie gelingt es den sozial produzierten Diskursen, überlokal anerkannt zu werden und sich zu Wissensformen über das Politische zu naturalisieren?

---

[163] Sabine MAASEN, Wissenssoziologie, Bielefeld 1999, 7; Bernd DEWE, Wissenssoziologie – Begriff und Entwicklung, in: Harald Kerber/Arnold Schmieder (Hg.), Soziologie. Arbeitsfelder, Theorien, Ausbildung. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg 1991, 493–515, hier 496 f.

[164] Michel FOUCAULT, Macht-Wissen, in: Franco Basaglia u.a., Befriedungsverbrechen. Über die Dienstbarkeit der Intellektuellen, Frankfurt a.M. 1980, 63–80, hier 64 f.

[165] E. Doyle MCCARTHY, Knowledge as culture. The new sociology of knowledge, London/New York 1996, 6.

[166] MCCARTHY, Knowledge as culture (wie Anm. 165) 5.

Das Themenspektrum einer Kulturgeschichte des Politischen, das sich vor dem Hintergrund dieser Überlegungen auffächert, zeichnet sich fraglos durch seine Breite aus. Eine Kulturgeschichte des Politischen wird sich mit Sicherheit weniger dafür interessieren, welcher Politiker oder welche Politikerin aus welchen (im Zweifelsfall immer „eigentlichen") Gründen welche Entscheidung fällte und welche Konsequenzen sich daraus ergaben. Eine Kulturgeschichte des Politischen wird auch kaum danach fragen, wie Staaten sich auf dem internationalen Parkett bewegten und sich miteinander arrangierten. Um Missverständnisse zu vermeiden: diese Fragen sollten keineswegs als irrelevant abgetan oder in den „Mülleimer der Geschichtsschreibung" geworfen werden. Dies zu fordern, verböte sich schon aus geschichtstheoretischen Gründen. Aber derartige Fragestellungen der traditionellen Politikgeschichte werden ohne Zweifel von anderen theoretischen Prämissen als den hier vorgestellten ausgehen.

Demgegenüber würde es sich eine Kulturgeschichte des Politischen zur Aufgabe machen, zu untersuchen, wie Konstrukte wie „der Staat" oder auch „die internationale Politik" zustande gebracht wurden. Sie waren ohne Zweifel nicht „schon immer da" und sind mit Sicherheit auch nicht vom Himmel gefallen. Unter Ausschluss dieser beiden Möglichkeiten werden sie nahezu von selbst zum Gegenstand kulturhistorischer Überlegungen. Doch darüber hinaus sind es – allgemein formuliert – sämtliche dem Bereich des Politischen angehörenden Wissens- und Wirklichkeitsformen, die in ihrer diskursiven und machtgesättigten Form zum Gegenstand gemacht werden können. Es kann und soll dabei unter anderem, wie bereits angedeutet, immer noch um Personen und Institutionen gehen, um Politiker, Politikerinnen und Staaten, allerdings nicht unter der Fragestellung, was sie machten, sondern wie sie gemacht wurden. Weitere mögliche Fragen, die sich ergeben, betreffen Mythen, Ideologien und Rituale, mit denen das Politische gerechtfertigt oder auch erst hervorgebracht wurde,[167] Identitäten, die politisch gestiftet wurden,[168] oder auch die Bedeutung von Kriegen, die, wie die jüngere

[167] Um aus der Vielzahl von Arbeiten wenigstens zwei zu nennen: Andreas DÖRNER, Politischer Mythos und symbolische Politik. Der Hermann-Mythos: zur Entstehung des Nationalbewußtseins der Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1996; Barbara STOLLBERG-RILINGER, Vormünder des Volkes? Konzepte landständischer Repräsentation in der Spätphase des Alten Reiches, Berlin 1999.

[168] Auch hier nur zwei Nennungen aus einer unüberschaubaren Menge von Arbeiten: Lutz NIETHAMMER, Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Reinbek bei Hamburg 2000; Bo Stråth (Hg.), Europe and the other and Europe as the other, Bruxelles u.a. 2000.

Militärgeschichte eindrucksvoll zeigt,[169] weit über das Nacherzählen von Schlachten hinausreicht. Damit soll selbstverständlich keine abschließende Liste benannt, sondern nur ein knapper Einblick in die Möglichkeiten einer Kulturgeschichte des Politischen gegeben werden.

Auch der vorliegende Aufsatz könnte Gegenstand einer solchen Fragestellung werden, denn die eigenen Vorgaben konsequent weiter gedacht, ist er nicht mehr als der Versuch, in einem (selbstredend sehr kleinräumigem) wissenschaftspolitischen Terrain einen diskursiven Knotenpunkt zu etablieren. Schließlich entspricht dies der Einsicht Bourdieus, dass sich die Wissenschaft in ihrem Tun ständig selbst mitreflektieren muss: „Jede Aussage dieser Wissenschaft kann und muß zugleich auf das Wissenschaft treibende Subjekt selber bezogen werden."[170] Auch eine Kulturgeschichte des Politischen steht nicht „außerhalb" dessen, was sie selbst zum Gegenstand der Forschung erklärt, sie praktiziert und konstruiert die eigene „Objektivität" nicht anders als andere Akteure, und beteiligt sich in der einen oder anderen Weise an der Herstellung dieses diskursiven Geflechts.

---

[169] Ralf PRÖVE, Vom Schmuddelkind zur anerkannten Disziplin? Die neue Militärgeschichte der Frühen Neuzeit – Perspektiven, Entwicklungen, Probleme, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 51 (2000) 597–612.

[170] BOURDIEU, Sozialer Raum (wie Anm. 138) 49 f. Pierre BOURDIEU/Lutz RAPHAEL, Über die Beziehungen zwischen Geschichte und Soziologie in Frankreich und Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996) 62–89, hier 74–80.